

# POLITISCHE STUDIEN 501

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

73. Jahrgang | Januar-Februar 2022 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## EUROPAS ZUKUNFT MITGESTALTEN



/// Im Zeitgespräch: Andrea Titz zu ihrer Arbeit und Frauen in der Justiz – S. 6

/// Siegfried Balleis: Smart City und Klimaschutz – S. 43

/// Thomas Huber: Die Bedeutung von Sozialpolitik – S. 51

[www.hss.de](http://www.hss.de)



Politische Zukunftsvisionen spiegeln auch die drängendsten **HERAUSFORDERUNGEN** der Gegenwart wider.

## DER NEUE EUROPÄISCHE TRAUM

Liebe Leserinnen und Leser,

„Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft“ – so lautet eines der wohl meistzitierten Bonmots von Franz Josef Strauß. Der bayerische Landesvater hatte auch eine klare Vision, wie sein Europa der Zukunft aussehen sollte: ein demokratisches und geeintes Europa – mit den Staaten des Warschauer Pakts als natürlicher Teil dieser Wertegemeinschaft. Inmitten eines durch den Eisernen Vorhang zwangsweise geteilten Kontinents war dies ein wagemutiger Traum. Mit der Vertiefung und Erweiterung der EU hat er sich aber schon wenige Jahrzehnte später weitgehend erfüllt.

Heute brauchen wir einen neuen europäischen Traum für das 21. Jahrhundert. Wie wir im Falle von Strauß sehen, spiegeln politische Zukunftsvisionen immer auch die drängendsten Herausforderungen der Gegenwart wider. Unser europäischer Traum muss daher Wege aufzeigen, wie Europa die digitale Transformation meistern, auf der Weltbühne wettbewerbsfähig bleiben und trotzdem den Klimawandel erfolgreich bewältigen kann. Wie unsere europäische Wertegemeinschaft ihr Versprechen von demokratischer Teilhabe, Wohlstand und Sicherheit auch für die kommenden Generationen einlösen kann.

Diese Fragen stehen auch im Mittelpunkt der von der Europäischen Union initiierten Konferenz zur Zukunft Europas, auf die wir in dieser Ausgabe der Politischen Studien mit Beiträgen unseres Vorsitzenden Markus Ferber, MdEP, des Europaparlamentariers Christian Doleschal und Vignetten aus den europäischen Institutionen in Bayern ein Schlaglicht werfen wollen.

Ich wünsche Ihnen eine informative und gewinnbringende Lektüre,

Ihre

*Dr. Sarah Schmid-Nürnberg*

**Dr. Sarah Schmid-Nürnberg,  
Leiterin des Referats Verfassung, Europäische Integration und  
Gesellschaftliche Partizipation, Hanns-Seidel-Stiftung, München.**



06

# INHALT



51



24



38

## IM FOKUS

- 18 EUROPAS ZUKUNFT MITGESTALTEN**  
Einführung  
**SARAH SCHMID-NÜRNBERG**
- 24 EUROPAS WIRTSCHAFT IM LICHT DER SOZIALEN MARKT-WIRTSCHAFT**  
Für die Zukunft aufstellen  
**MARKUS FERBER**
- 33 WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, WOHLSTAND UND STABILITÄT**  
Erwartungen der Jugend an die Zukunft Europas  
**CHRISTIAN DOLESCHAL**
- 38 DER BAYERISCHE BEITRAG ZUR ZUKUNFTSKONFERENZ**  
Die EU in Süddeutschland  
**COSIMA BÁRON / RENKE DECKARM / JOHANNES VORBACH**

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

- 06 RECHT SO – EINE RICHTERIN GEHT ENTSCLOSSEN UND ELEGANT IHREN WEG**  
Traut es Euch zu!  
**ANDREA TITZ**

## ANALYSEN

- 43 SMART CITY UND KLIMASCHUTZ**  
Im grünen Bereich...  
**SIEGFRIED BALLEIS**
- 51 DIE BEDEUTUNG VON SOZIALPOLITIK**  
Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken  
**THOMAS HUBER**

## AKTUELLES BUCH

- 59 DER INTEGRATIONSPROZESS DER EUROPÄISCHEN UNION**  
Was sie war, ist und noch werden soll...  
**SARAH SCHMID-NÜRNBERG / CHRISTIANE VON CZETTRITZ UND NEUHAUS**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 62 REZENSIONEN**
- 70 ANKÜNDIGUNGEN**
- 74 IMPRESSUM**



Quelle: Picture Alliance / AP Photo / Matthias Schrader

Das Medieninteresse war enorm beim Steuerprozess gegen Uli Hoeneß 2014. Andrea Titz informierte als damalige Gerichtssprecherin elegant, eloquent und kompetent Presse und Öffentlichkeit.

### /// IM ZEITGESPRÄCH: ANDREA TITZ

ist Juristin und Vizepräsidentin des Landgerichts Traunstein.

/// Traut es Euch zu!

## RECHT SO – EINE RICHTERIN GEHT ENTSCLOSSEN UND ELEGANT IHREN WEG

**ANDREA TITZ** /// ist Richterin und ehemalige Pressesprecherin des Oberlandesgerichts München. Durch die Prozesse gegen Bernie Ecclestone und Uli Hoeneß sowie das NSU-Verfahren rückte die Juristin mit ihrer Pressearbeit und ihren eindrücklichen Auftritten ins Rampenlicht. Anfang 2020 kehrte sie als Vizepräsidentin an das Landgericht Traunstein zurück. Wir haben mit ihr über ihre Arbeit, Frauen im Justizwesen und darüber, was einen guten Juristen ausmacht, gesprochen.



**PIONIERE** haben es immer schwer.

**Politische Studien: Frau Titz, was war Ihre ganz persönliche Motivation, um Jura zu studieren?**

**Andrea Titz:** Es hat mich einfach interessiert. Dass ich das Argumentieren und Abwägen mag, wusste ich schon seit meiner Schulzeit. Nach meinem Abitur haben Bekannte ganz angetan vom Jurastudium erzählt. Also habe ich beschlossen, es mal zu versuchen. Es war dann von Anfang an klar, dass das gut passt und es mir Spaß macht. Ich habe meine Studienwahl nie bereut.

**Welche Voraussetzungen muss man dafür mitbringen?**

Von einem Fall den konkreten Kontext zu abstrahieren und ihn dann auf einen anderen Fall anzuwenden, also zum Beispiel ein Gesetz auf Fallkonstellationen anzuwenden, das ist eine Fähigkeit, die man während des Jurastudiums lernt. Diese Fähigkeit zur Subsumtion oder abstraktes Wissen auf eine konkrete Situation anzuwenden, das ist schon etwas, das man können muss. Im Studium muss man also logisch denken und Argumente für oder gegen eine Meinung finden können.

**Können Sie mit folgenden Namen etwas anfangen: Elisabeth Selbert, Annita Augsburg, Erna Schäffler?**

Elisabeth Selbert war doch eine der beiden Mütter des Grundgesetzes in der großen Phalanx der Männer. Annita Augsburg war die erste Frau, die Ende des 19. Jahrhunderts in Jura promoviert hat und Erna Schäffler...

**...war die erste Richterin am Bundesverfassungsgericht. Glauben Sie, dass Frauen, die Pioniere in ihren Feldern sind, eine wichtige Funktion als Vorbilder und Orientierungspunkte für nachwachsende Generationen erfüllen oder wird das überschätzt?**

Leider Gottes ist es immer so, wenn sich ein Bereich für Frauen öffnet, dass die Ersten auf diesem Weg noch absolute Ausnahmen sind und noch keine richtige Sogwirkung entwickeln. Aber ich denke trotzdem, wir können die Leistung dieser Frauen nicht hoch genug einschätzen. Man kann es sich ja heute kaum noch vorstellen, welchen Widerständen sie begegneten und sei es auch nur die Art, in der ihre männlichen Kollegen mit ihnen umgegangen sind. Ich kann mir gut vorstellen, wie dieser Umgang zwischen betont



**Wir können die LEISTUNG dieser Frauen nicht hoch genug einschätzen.**

ritterlich und belächelnd oszillierte. Pioniere haben es immer schwer. Die Lebensleistung solcher Menschen ist höher einzuschätzen als die derer, die auf bequemen, ausgetretenen Pfaden ihren Weg gehen.

**Glauben Sie, dass das Geschlecht wichtig dafür ist, welche Vorbilder man sich wählt?**

Vielleicht, wenn es um Themen geht, die eine junge Frau in ihrer Eigenschaft als Frau betreffen, im Privaten. Wenn es um berufliche Vorbilder geht, sollte es eigentlich geschlechtsunspezifisch sein. Dass man jemandem in einem bestimmten Beruf nacheifern möchte, sollte nicht vom Geschlecht abhängen.

**Wie würden Sie sich selber in diesem Zusammenhang sehen?**

Ich glaube nicht, dass mich genug Menschen wahrnehmen, als dass ich eine Vorbildrolle haben könnte. Aber ich möchte nicht ausschließen, dass es der einen oder anderen die Augen geöffnet hat, dass man nicht, um im Klischee zu bleiben, in einem besonders neutralen Outfit erscheinen oder im eigenen Auftreten ganz zurückgenommen sein muss, um eine gute Juristin zu sein.

**Haben Sie auf Netflix „Das Damengambit“ gesehen?**

Ja. Eine faszinierende Serie.

**Danach haben zehntausende junge Frauen angefangen, Schach zu spielen.**

Wobei natürlich die Protagonistin im Damengambit eine erfundene Figur ist, die durch eine unendliche Coolness besticht, die sich an den eigenen Haaren aus dem selbst geschaffenen Sumpf zieht und bei der alles immer klappt. Das ist eine schöne Fiktion, die eben auch wegen ihrer Glattheit ansprechend ist. Außerdem identifiziert man sich wahrscheinlich lieber mit jemandem, der auch noch gut aussieht, dabei kühl wie ein Fisch ist und super erfolgreich, als mit jemandem, der sich durchs Leben wurschelt und dann vielleicht endlich, nach langem Kampf, Erfolg hat.

**Zur Rolle der Öffentlichkeit in Gerichtsprozessen: Wünscht man sich bei Gericht eigentlich viel oder lieber wenig Öffentlichkeit?**

Ich glaube, die meisten Kollegen haben da keine Vorlieben. Wir verhandeln ja grundsätzlich öffentlich. Es gibt keine Geheimprozesse. Was vielleicht belastend für ein Verfahren sein kann, ist, wenn schon im Vorfeld klar ist, dass es großes öffentliches Interesse geben wird. Das bedeutet nämlich ganz konkreten logistischen Aufwand. Sie müssen dann zum Beispiel die Sitzplatzvergabe organisie-

ren und es muss viel mehr auf die Ordnung im Gerichtssaal geachtet werden. Das kann für den oder die Vorsitzende schwierig sein, wenn ständig renitente Zuschauer zur Ordnung gerufen werden müssen.

Stellen Sie sich vor, es gibt einen Nachbarschaftsstreit, der in einem Ort für große Aufmerksamkeit sorgt. Dann kommen die Anhänger und Nachbarn des einen und die des anderen und bevölkern den Gerichtssaal. Dann gibt es natürlich mehr Unruhe. Öffentlichkeit kann also zwar mehr Aufwand bedeuten, aber grundsätzlich stehen wir alle dazu, dass unsere Verfahren öffentlich sind. Das ist sozusagen Teil unserer DNA als Richter.

**Hilft es, Gerüchten und Fake News vorzubeugen, wenn schon bei einem Prozess möglichst viel öffentliche Beteiligung herrscht, wenn alles transparent ist?**

Der Wert einer breiten Öffentlichkeit als Mittel gegen Fake News ist eher gering. Das ist meine Erfahrung aus vielen öffentlich stark wahrgenommenen Verfahren. Das, was Volkes Stimme daraus macht, entspricht selten der Realität. Zum Teil, weil die

Menschen es einfach nicht verstehen und zum Teil auch, weil sie es nicht verstehen wollen.

Ich kann mich gut an Fälle erinnern, bei denen man eine Presseerklärung herausgegeben hat, beispielsweise über die Verurteilung einer Person, und in den Online-Kommentarspalten steht dann: „Kommt ja eh wieder frei.“ Es ist nun mal eine Spezialmaterie. Als Laie könnte man vermutlich auch nicht zutreffend von einer Operation berichten und eher sagen: „Die haben da halt ein bisschen rumgeschnipselt und ich meine, die haben zu viel rausgenommen.“ Dabei spreche ich ausdrücklich nicht von Journalisten, die wirklich in diese Themen einsteigen.

**Als Pressesprecherin eines Gerichts hat man doch sicher die Möglichkeit, all dies ein bisschen zu lenken. Bei Ihren Highlight-Prozessen, etwa gegen den NSU oder bei Uli Hoeneß, schienen Sie sich für eine möglichst große öffentliche Resonanz entschieden zu haben.**

Mir ging es darum, die Öffentlichkeit möglichst umfangreich zu informieren. Gerade in meiner Anfangszeit war die Informationspolitik traditio-



**Informationen für die Öffentlichkeit sollen umfangreich und PROAKTIV erfolgen.**

nell eher zurückhaltend. Man hat mit dem klassischen, aber doch sehr schwerfälligen Medium der Pressemitteilung (PM) gearbeitet. Die PMs gingen dann auch nicht unbedingt zeitnah nach einem Verfahren raus. Da haben sich die Parameter geändert: für uns und die Journalisten. Die haben schon längst nicht mehr Zeit bis zum nächsten Tag, um eine PM zu einer Nachricht umzuschreiben. Heute brauchen Journalisten ihre Informationen sofort. Als wir das NSU-Verfahren geplant haben, haben wir gesehen, wohin es führt, wenn man nicht oder nur sehr zurückhaltend informiert. Dann wird sehr schnell in die Arbeit des Gerichts irgendetwas hinein geheimnist, was gar nicht existiert.

Deswegen finde ich: Informationen für die Öffentlichkeit sollen möglichst umfangreich und proaktiv erfolgen. Ein Pressesprecher muss sich nicht nur fragen, was er heute noch nicht gefragt wurde, sondern auch, was er morgen gefragt werden könnte. Das sage ich auch unseren neuen Pressesprechern: So viel und so zeitnah wie möglich informieren. Als Service einerseits den Journalisten gegenüber, aber auch zum Selbstschutz des Gerichts und der Staatsanwaltschaft, damit die nicht in die Defensive und irgendeinen medialen Sturm geraten, der gar kein Sturm hätte sein müssen, wenn man frühzeitig gesagt hätte: „Leute, das und das wird passieren aber das ist ganz normal.“

**Auf ein Gericht kann Druck entstehen, wenn die Öffentlichkeit eine Erwartungshaltung bei einem Verfahren hat. Wie geht man damit um?**

Das ist sicherlich schwierig. Das Wichtigste ist, dass man sich zunächst einmal überhaupt bewusst wird, dass es diesen Druck gibt. Und, dass es ganz normal ist, dass man ihn fühlt und irgendwie darauf reagiert. Eine gewisse Gefahr besteht also bei Richtern, die von sich behaupten, das würde ihnen überhaupt nichts ausmachen. Der zweite Schritt ist dann, sich so gut wie möglich frei davon zu machen und sich selber zu hinterfragen: Mache ich das jetzt nur, weil es von mir erwartet wird, oder umgekehrt, weil ich mich ganz besonders heftig davon abgrenzen möchte? Weil jetzt alle erwarten, dass der möglichst hart verurteilt wird, bekommt er gerade extra nur eine Bewährungsstrafe?

Um die psychische Belastungen im Alltag zu verarbeiten, gibt es schon längere Zeit eine Art „interkollegiale Intervision“, also etwas, das über die gemeinsame Kaffeerunde hinausgeht. Da kann man über seine Fälle sprechen und vielleicht von Kollegen, die von außen auf die Situation schauen, einen Tipp bekommen, wie man mit dem öffentlichen Druck im konkreten Verfahren umgehen kann.

Aber natürlich ist es nicht schön, wenn man lesen muss: „Das Schwein muss rein“ oder „Der ist doch un-



**ÖFFENTLICHKEIT kann mehr Aufwand bedeuten, aber grundsätzlich stehen wir alle dazu, dass unsere Verfahren öffentlich sind.**

schuldig ...“. Das macht schon etwas mit einem. Denken wir an diese Messerstecherei auf der Wiesen, das muss 2015 oder 2016 gewesen sein. Damals hat eine junge Frau jemanden mit einem Messer verletzt und sich auf Notwehr berufen. Darüber gab es viel Berichterstattung. Auch von seriösen Journalisten wurde geschrieben, es sei doch unmöglich, dass man die junge Frau wegen versuchten Totschlags anklagt, sie sei doch völlig unschuldig. Irgendwann stellte sich dann heraus, dass einer der Zeugen gekauft war.

**Werden Sie für solche Situationen eigentlich geschult?**

Es gibt Fortbildungen und Schulungen zum Thema Kommunikation im Gerichtssaal oder zum Beispiel sogenannte „Resilienz-Seminare“, in denen man auch lernt, mit seiner Rolle umzugehen.

**Als Pressesprecherin steht man zwischen der Öffentlichkeit und dem Gerichtsbetrieb. Wie kommen Sie zu Ihren Antworten, wenn Sie wie beispielsweise im NSU-**

„**Als PRESSESPRECHER muss man aus dem Stegreif formulieren können und darf nicht in rhetorische Fallen tappen.**

**Prozess von Journalisten suggestive oder tendenziöse Fragen gestellt bekommen? Welche Filter hat man als Pressesprecher dabei im Kopf, um missverständliche Antworten zu vermeiden?**

Ruhig und sachlich zu bleiben, ist ganz wesentlich. Das ist etwas, was man zwar bis zu einem gewissen Grad üben kann, aber man muss als Pressesprecher grundsätzlich in der Lage sein, etwas aus dem Stegreif zu formulieren, auf Provokationen nicht einzugehen und nicht in rhetorische Fallen zu tappen. Es gibt da natürlich Techniken, die man lernen kann, zum Beispiel Reizwörter in einer Frage nicht in der Antwort zu wiederholen, aber man muss schon schnell sein und gewisse rhetorische Fähigkeiten mitbringen. Andererseits ist es für unsere Pressesprecher von Gericht und Staatsanwaltschaft in Deutschland ein großer Vorteil, dass wir ja nicht nur Pressesprecher, sondern immer auch zugleich noch Richter oder Staatsanwälte sind und den Justizbetrieb gut kennen.

**Frau Titz, Ihre drei Highlight-Prozesse waren der NSU, Hoeneß und Ecclestone. Gibt es einen Moment, eine Situation, die Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben ist?**

Beim NSU-Verfahren war das mit Sicherheit der erste Verhandlungstag.

Für mich, als völlig neu mit der Sache betraute De-facto-Pressesprecherin, war die Anspannung natürlich enorm. Dieser Moment, als ich in den frühesten Morgenstunden auf diesen Vorplatz vor dem Strafjustizzentrum gekommen bin und da Myriaden von Menschen standen ... Gleichzeitig habe ich aber gesehen, dass die Maschinerie lief, dass alles funktionierte und keine Revolten unter all den Menschen, die da anstanden und vermutlich keinen Platz mehr bekommen würden, ausbrachen. Und dann im Sitzungssaal, das erste Mal, als die Angeklagten hereingeführt wurden. Das sind schon ganz intensive Erinnerungen.

Gut erinnere ich mich auch an den Moment, als das Urteil gesprochen wurde. Ich selbst war daran nicht mehr beteiligt und konnte auch nicht im Sitzungssaal anwesend sein, habe es aber fast in Echtzeit verfolgt. Da hatte ich für einen kurzen Moment das Gefühl, als sei jetzt etwas abgeschlossen. Verstehen Sie mich nicht falsch, es ging mir nicht um das Ergebnis. Ich dachte mir: „Zum Glück. Der Senat hat es geschafft. Sie haben dieses Verfahren abschließen können.“ Für die ganze Justiz, aber besonders für diesen Strafsenat, hat es mich gefreut, dass wir nun den Deckel des Buches sozusagen für diese Instanz zuschlagen konnten. Das war schon ein bewegendes Gefühl.

**Im Interview mit den Politischen Studien im Münchner Hofgarten ermutigt Andrea Titz, RichterIn und langjährige Pressesprecherin, besonders junge Frauen zu einer Tätigkeit im Justizwesen. Es bietet viele Möglichkeiten und ist familiengerecht organisiert.**



**Für den ordentlichen Abschluss dieses Prozesses haben Ihnen viele Menschen Glück gewünscht. Was wäre denn geschehen, wenn es einen Verfahrensfehler gegeben hätte? Beim NSU-Prozess stand ja die Glaubwürdigkeit des Staates selber zur Verhandlung.**

Eben. Das war tatsächlich eine Sorge. Denn natürlich ist es bei so einem Mammutverfahren mit hunderten von Verhandlungstagen fast ein Ding der Unmöglichkeit auszuschließen, dass irgendein kleiner Fehler passiert. Und dann die Urteilsbegründung. Auch die steht ja in der Revision auf dem Prüfstand. Da dürfen Sie keine Brüche haben, keine logischen Widersprüche, in einem Urteil, das tausende Seiten hat, mit hunderten Zeugen, die gehört wurden, manchmal mehrfach. Dass man da eine Beweisführung hinbekommen hat, die sich eben nicht zwischen Seite 256 und 438 widerspricht, ist wirklich eine Meisterleistung, man kann es nicht anders sagen. Auch hier wieder: völlig ergebnisunabhängig. Es stand ja, wie Sie schon sagten, die Glaubwürdigkeit des Staates an sich auf dem Prüfstand.

**Inzwischen sind Sie in Traunstein am Landgericht.**

Das ist ein Amt mit vielen Verwaltungsaufgaben. Richtergeschäftsaufgaben habe ich als Vizepräsidentin nicht mehr in dem Umfang. Auch die Kommunikation mit Journalisten ist jetzt, ich bin ja auch Pressesprecherin des Landgerichts Traunstein, etwas anders. Was ich jetzt mache, ist eben eine der verschiedenen Facetten, die die Justiz zu bieten hat.

**Sie sind ja außerdem Mitglied im Bayerischen Richterverein und im Deutschen Richterbund.**

Ich bin seit 2016 Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins. Wir vertreten die Interessen der Bayerischen Richter und Staatsanwälte gegenüber dem Bayerischen Justizministerium und setzen uns zum Beispiel für die personelle und sachliche Ausstattung der Justiz ein. Wir geben außerdem Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen ab.

**Bei dem Stichwort „Interessensvertretung gegenüber dem Justizministerium“ möchte ich an eine regelmäßig erhobene Forderung der Europäischen Kommission erinnern, nämlich, dass die Gewaltenteilung in Deutschland zu verbessern sei, und zwar speziell im Falle der Justiz. Se-**

”

**Richtergeschäftsaufgaben habe ich als VIZEPRÄSIDENTIN nicht mehr in dem Umfang.**

”

**Die könnten dann womöglich auch mal das JUSTIZMINISTERIUM unter sich haben und da wird mir durchaus angst und bange.**

**hen Sie die Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland in ausreichendem Maße gewährleistet?**

Nein. Es ist seit langer Zeit eine Forderung des Deutschen Richterbundes gewesen, dass die Justiz auch Selbstverwaltungsstrukturen braucht und sie nicht abhängig sein darf, gerade was die Fragen der Einstellung, Beförderung und natürlich auch der Budgetierung angeht. Das wurde immer wieder angemahnt und ist eine stete Forderung des Deutschen Richterbundes, die wir als Landesverband und Bayerischer Richterverein natürlich mit vertreten. Aber es ist auch eine Forderung, die ungehört verhallt, egal ob auf Bundes- oder Landesebene.

Das Hauptargument ist zumeist, dass die Justiz wegen der demokratischen Legitimation irgendwie angebunden und überwacht sein müsse. Der Deutsche Richterbund hat zwar Modelle entwickelt, wie es aus unserer Sicht verfassungsgemäß umsetzbar wäre. Trotzdem – dieses Thema spielt auf der politischen Agenda schlicht keine Rolle. Auch möchte kein Justizminister seine Einflussmöglichkeit, zumindest seine theoretische, hier aus der Hand geben.

Jetzt muss man aber sagen: Faktisch ist es schon so, dass in Deutschland die Justiz unabhängig ist und unabhängig entscheidet. Das ist deswegen so, weil wir Gott sei Dank in

fast allen Bundesländern seriös agierende Beteiligte haben. Es werden aber möglicherweise zunehmend Parteien in Regierungsverantwortung kommen, die nicht immer fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Die könnten dann womöglich auch mal das Justizministerium unter sich haben. Und da wird mir durchaus angst und bange, wenn unter solchen Vorzeichen Einstellung und Beförderung letztendlich in der Verantwortung des jeweiligen Ministers stehen. Das ist ja inzwischen nicht mehr nur eine theoretische Gefahr, über die man lächeln kann. Es gibt ja schon Bundesländer, in denen das heute der Fall ist.

Wenn man sich dann auch noch ein wenig umschaute und sieht, wie es in anderen Ländern mit der Rechtsstaatlichkeit den Bach runtergeht, dann [pfeift leise] möchte ich schon mahnen, dass man diese berechtigten Forderungen nicht immer mit dem Argument wegwischt, es funktioniert ja alles bei uns. Ja. Zum Glück funktioniert es. Noch. Aber wir wissen nicht, wie lange noch.

**Dann ist die Deutsche Rechtsstaatlichkeit abhängig von guten Sitten und einer zivilisierten politischen Kultur?**

Genau. Beim Deutschen Richterbund ist das eines unserer Haupt- und Kernthemen.

**Erstreckt sich dieser Missstand bis auf das Bundesverfassungsgericht?**

Der Unterschied ist, dass keine direkte Einflussmöglichkeit des Bundesjustizministeriums auf das Bundesverfassungsgericht besteht, anders als bei den anderen Bundesgerichten.

**Sie haben 2018 in einem Interview eine „offene und konstruktive Debatte über die richterliche Berufsethik“ gefordert. Sie sagten auch, man müsse „wach und selbstkritisch“ sein und sei nicht unfehlbar. Das ist natürlich alles sehr richtig, aber es klingt, als sähen Sie in diesem Feld ein Problem. Können Sie das näher erläutern?**

Mit dem Thema richterliche und staatsanwaltliche Berufsethik habe ich mich in der Zeit zwischen 2007 und 2016, als ich im Präsidium des deutschen Richterbundes war, zusammen mit einer Kollegin intensiv befasst. Es ist ein großer Erfolg, dass dieses Thema mehr ins Zentrum gerückt ist. Wir glauben, dass es bei der Arbeit hilft, wenn man sich mit Berufsethik auch im Alltag beschäftigt. Da sind wir wieder beim Thema Bewusstsein.

Wir sind damit am Anfang größtenteils belächelt worden, so nach

dem Motto: „Das weiß man doch als Richter, wie man sich zu verhalten hat.“ Aber die Diskussion, die wir angestoßen haben, hat doch bei vielen ein Umdenken bewirkt. Man muss sich bewusst mit dem eigenen Anspruch an sich und die Ausübung seines Richteramtes befassen und mit der Frage, wie man diesen Anspruch in der täglichen Arbeit hochhält. Wie nehme ich mich selbst wahr und wie gehe ich mit meiner eigenen Fehlbarkeit um? Wie gehe ich damit um, dass ich womöglich Vorurteile habe, dass ich bestimmte Einstellungen habe oder eben nicht, dass ich bestimmte Positionen ganz streng ablehne und andere richtig finde?

**Wie bewerten sie den Föderalismus in der deutschen Justiz?**

Ein Problem ist besonders, dass die Besoldungssituation in den einzelnen Bundesländern sehr uneinheitlich ist. Es gibt ein starkes Besoldungsgefälle. Wir haben Modellrechnungen für fiktive Kollegen in modellhaften Lebens- und Familiensituationen. Da gibt es Unterschiede von bis zu 800 Euro monatlich. Auch die personelle Situation ist unterschiedlich. Das ist eine Schwierigkeit für die Justiz als Arbeitgeber.



Ein Problem ist die **UNTERSCHIEDLICHE** Besoldungssituation in den einzelnen Bundesländern.

Im Rahmen des „Paktes für den Rechtsstaat“ wurde vom Bund zwar Geld zur Verfügung gestellt, aber die Justiz in einigen Bundesländern ist trotzdem immer noch besser aufgestellt, auch was die Arbeitsbelastung angeht. Insofern hat der Föderalismus durchaus den einen oder anderen Nachteil. Wir fordern einheitliche Besoldungsstrukturen. Ansonsten ist die föderale Ausgestaltung nicht unbedingt das größte Problem der Justiz. Da geht es eher um Themen wie Mitbestimmung oder Selbstverwaltung, die wir gerade schon besprochen haben.

**Wie sehen Sie die Karrieren Ihrer Kolleginnen? Gibt es in der deutschen Justiz echte Gleichstellung oder doch noch irgendeine Form von gläserner Decke?**

Also, eine gläserne Decke gibt es bei uns nicht. Die Kriterien für eine Beförderung wie Eignung, Leistung und Befähigung werden bei Frauen und Männern gleichermaßen ernst genommen. Zunehmend kommen Frauen auch in höhere Positionen. Eine gewisse Problematik besteht noch darin, dass man das Bewusstsein bei jungen Frauen stärken muss, dass es nicht irgendwie anrühlich ist, seine Karriere frühzeitig zu planen. Man sollte sich da auch genug zutrauen und für die eigene Laufbahn nicht zu viel zu früh ausschließen.

Das große Plus der Justiz ist, dass das alles auch mit Kindern ohne weiteres möglich ist. Da ist die Justiz als Arbeitgeber fast unerreicht. Es gibt nicht nur große Flexibilität, was die Dauer und Ausgestaltung der Elternzeit angeht, sondern auch sehr viele Möglichkeiten, seine Arbeitszeit familienbedingt für eine gewisse Zeit zu reduzieren. Mittlerweile gibt es Teilzeitmodelle auch für höhere Beförderungsstellen. Ich kann also junge Frauen nur ermutigen: Überlegen Sie sich frühzeitig, was Sie wollen, stehen Sie dafür ein und trauen Sie sich alles zu.

**Das Interview führte Maximilian Witte, Onlineredaktion, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



Es hilft bei der Arbeit, wenn man sich mit **BERUFSETHIK** auch im Alltag beschäftigt.



/// Einführung

## EUROPAS ZUKUNFT MITGESTALTEN

**SARAH SCHMID-NÜRNBERG** /// Wie kann sich die EU für die Zukunft krisenfest, nachhaltig und wettbewerbsfähig aufstellen? Antworten darauf soll die 2020 initiierte EU-Zukunftskonferenz liefern und dabei Impulse der Unionsbürger aufnehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einspeisen. Stand und Perspektiven dieser Konferenz bilden auch den Schwerpunkt dieser Ausgabe der Politischen Studien.

### Herausforderungen für die EU

Die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union hat in den vergangenen Jahren an Fahrt aufgenommen. Auf der einen Seite ist die EU in der Lebenswirklichkeit vieler Unionsbürger längst angekommen. Von den Europäischen Grundfreiheiten profitieren beispielsweise junge Menschen, die für ein Auslandssemester in Mailand oder Madrid

studieren wollen oder Mittelständler, deren Produkte überall im europäischen Binnenmarkt Abnehmer finden. Diese europäische Normalität hat auch Auswirkungen auf die Identität der Menschen. So gibt in der jüngsten Europa-Barometer-Umfrage ein Großteil der Teilnehmer an, sich auch als Bürger der Europäischen Union zu fühlen. Am stärksten fiel die Zustimmung zu dieser

Aussage mit 88 Prozent in Luxemburg aus, dicht gefolgt von Deutschland und Irland. Am schwächsten ausgeprägt war das europäische Identitätsgefühl in Griechenland, Italien und Bulgarien mit knapp über 50 Prozent. In 19 der 27 Mitgliedsstaaten lag die Zustimmung bei über 70 Prozent.<sup>1</sup>

Im europäischen Querschnitt zeigten sich die Befragten mehrheitlich auch überzeugt, dass die EU in der Zukunft die richtigen Entscheidungen fällen wird. Im Mittel bejahen dies 61 Prozent,

35 Prozent sind hingegen skeptisch. Besonders ausgeprägt ist das Vertrauen in die EU in Portugal mit 86 Prozent, Griechenland ist hingegen mit 49 Prozent das einzige Land, in dem weniger als die Hälfte der Befragten ein positives Votum abgegeben hat.<sup>2</sup>

In der akademischen Debatte zur EU lässt sich jedoch – diesen positiven Umfragezahlen zum Trotz – ein negativer Tenor beobachten. So identifizierte etwa der ehemalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine „Polykrise“<sup>3</sup>, der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld beklagte erst jüngst eine „strategische Sprachlosigkeit“<sup>4</sup> der EU und der renommierte Historiker Dominik Geppert mahnte, dass die „europäische Einigung mitnichten irreversibel“<sup>5</sup> sei.

Ursächlich für diese Beobachtung ist eine Reihe an Krisen, mit denen sich die

**Die überwiegende Mehrheit fühlt sich als **EUROPÄISCHER** Bürger.**

EU in den vergangenen Jahren konfrontiert sah und die nicht zuletzt auch die Sollbruchstellen des europäischen Projekts offengelegt haben. Das ist zum einen die Eurozonen-Krise ab 2010, in der Fragen der Fiskalpolitik eine starke Emotionalisierung erfuhren und sich eine Nord-Süd-Konfliktlinie herauskristallisierte. Bei der Migrationskrise ab 2015 standen wiederum Dissonanzen zwischen Ost und West im Vordergrund. Die Corona-Pandemie führte schlussendlich zu einer Debatte über europäische Solidarität und Handlungsfähigkeit, bei der vor allem von der Pandemie stark betroffene Staaten eine kritische Haltung einnahmen.

Diese Krisen bildeten zudem einen fruchtbaren Nährboden für euroskeptische und populistische Parteien, die an den Wahlurnen vermehrt reüssieren. Damit verbunden ist eine zunehmende Politisierung der EU, die von diesen Parteien befeuert wird, sich aber auch aus den wachsenden Handlungsfeldern und Kompetenzen der EU – und der dadurch gestiegenen öffentlichen Wahrnehmung – ergibt. An die Seite dieser Krisen treten darüber hinaus noch drängende Herausforderungen wie etwa die Bewältigung des Klimawandels und die Gestaltung der digitalen Transformation, die kein Nationalstaat mehr alleine bewältigen kann und die eines supranationalen Ansatzes bedürfen.

**Von der Polykrise PROFITIEREN populistische und euroskeptische Parteien.**

### Bürgerbeteiligung als Fundament der Zukunftskonferenz

Kurzum, die EU steht vor einer Wegmarke und muss, um an ihre Erfolge in der Vergangenheit anschließen zu können, die Weichen für die Zukunft stellen. Vor diesem Hintergrund wurde von der Europäischen Union die Konferenz zur Zukunft Europas lanciert, eine „europaweite Übung in Sachen Demokratie – mit von Bürgerinnen und Bürgern getragenen Debatten, bei denen die Menschen aus ganz Europa ihre Ideen austauschen und unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten können“<sup>6</sup>. Die Zukunftskonferenz, die am 9. Mai 2021 ihre Tätigkeit aufnahm, fußt dabei auf drei Säulen: Bürgerforen, einer Online-Plattform und einer Plenarversammlung.

Bürgerforen zur Zukunftskonferenz werden auf europäischer, aber auch auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene durch staatliche und zivilgesellschaftliche Multiplikatoren durchgeführt. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die vier europäischen Bürgerforen ein, in denen jeweils 200 Bürger wirken. Die Zusammensetzung der zufällig ausgewählten Teilnehmer soll einen repräsentativen Querschnitt der EU-Bevölkerung widerspiegeln. Gleichzeitig liegt das Augenmerk des Formats darauf, jungen Menschen zwischen 16 und 25 Jahren eine starke Stimme zu geben. Sie machen daher ein Drittel der Teilnehmer aus.

Die Online-Plattform steht allen Unionsbürgern offen und sie ist in den 24 Arbeitssprachen der EU verfügbar. Auf der Homepage können die Benutzer nicht nur Veranstaltungen zur Zukunftskonferenz bekanntmachen, sondern auch eigene inhaltliche Vorschläge platzieren. Diese können von anderen Usern bewertet und kommentiert wer-

den. Auf diese Weise kristallisiert sich dann auch heraus, welche Vorschläge unter den Benutzern der Plattform mehrheitsfähig sind.

In der Plenarversammlung sind schlussendlich 80 Vertreter der europäischen sowie 27 Repräsentanten der nationalen Bürgerforen vertreten. Seitens der europäischen Institutionen ist das Parlament mit 108 Mitgliedern, der Rat mit 54 Mitgliedern und die EU-Kommission mit drei Mitgliedern repräsentiert. Komplementiert wird die Versammlung durch jeweils 18 Vertreter des Ausschusses der Regionen und des Wirtschafts-

**Die EU-Zukunftskonferenz bietet mittels Foren den Bürgern eine MITSPRACHEMÖGLICHKEIT an.**

und Sozialausschusses sowie 12 der regionalen und lokalen Behörden, 12 der Sozialpartner und 8 der Zivilgesellschaft. Aus Bayern sind Landtagspräsidentin und HSS-Mitglied Ilse Aigner, MdL, sowie der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, Manfred Weber, MdEP, in diesem Gremium vertreten.

Die Plenarversammlung bildet auch den Rahmen, innerhalb dessen Vorschläge von der Online-Plattform und aus den Bürgerforen, die Letztere zusammengestellt haben, debattiert werden. Die daraus resultierenden Empfehlungen erhält der Exekutivausschuss der Plenarversammlung, der daraus einen Bericht erstellt. Vertreter aus Kommissi-

on, Rat und Parlament werden auf dieser Grundlage dann das weitere Vorgehen beschließen. Ergebnisse der Konferenz sollen im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 präsentiert werden.

### Schwerpunkte der Zukunftskonferenz

Aktuell befindet sich die Konferenz noch in einem frühen Stadium, in dem Themen in den Bürgerforen oder auf der Online-Plattform debattiert werden. Erste europäische Bürgerforen haben im September und Oktober 2021 in Präsenz getagt, aktuelle Formate finden mit Blick auf die Corona-Lage wieder digital statt. Die Themenfelder, die in den Foren behandelt werden, lauten:

- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit;
- Klimawandel, Umwelt und Gesundheit;
- eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung, Bildung, Kultur, Jugend, Sport und digitaler Wandel sowie
- EU in der Welt und Migration.

Diese Themen spiegeln auch die in Umfragen immer wieder identifizierten Schwerpunkte wider. So liegt laut des jüngsten Eurobarometers die Wirtschaft mit 27 Prozent auf Platz Eins der genannten Herausforderungen, dicht gefolgt von Umwelt und Migration, die jeweils ein Viertel der Befragten als dringlichsten Problemkomplex einschätzen.<sup>7</sup>

Wirft man einen Blick auf die Online-Plattform, zeichnen sich erste thematische Schwerpunkte entlang der genannten Themenfelder ab: Gerade Fragen der Umwelt- und Migrationspolitik beschäftigen die Benutzer, wobei insbesondere bei Migrationsfragen eine aus-

geprägte Pluralität an Perspektiven und Forderungen erkennbar ist. Generell wird ein breites Spektrum an Themen behandelt, das vom Appell für eine faire digitale Transformation über die Forderung nach einer Europäischen Armee bis hin zum Wunsch nach einer stärkeren Förderung der europäischen Mehrsprachigkeit reicht.<sup>8</sup>

Die Online-Plattform spiegelt jedoch ein zentrales Problem der Zukunftskonferenz wider: Die laut Zwischenbericht vom September 2021 am häufigsten unterstützte Forderung wurde von 540 Nutzern favorisiert.<sup>9</sup> Dies signalisiert, dass die Möglichkeit, im Rahmen der Konferenz die Zukunft Europas partizipativ mitzugestalten, in einer breiten Öffentlichkeit noch nicht vollständig angekommen ist. Dazu hat auch der langwierige Weg hin zur Konferenz beigetragen.

Nicht nur hat die Corona-Pandemie Ressourcen und politische Energie im Bereich der Krisenbewältigung gebündelt und die politische Agenda beherrscht. Darüber hinaus wurden Zielrichtung und Gestaltungsumfang der Konferenz innerhalb der EU-Institutionen durchaus kontrovers diskutiert. Insbesondere bei der Frage nach einer Änderung der EU-Verträge im Zuge der Zukunftskonferenz kristallisierten sich unterschiedliche Präferenzen heraus. Während das Parlament der Konferenz ein weitreichenderes Mandat erteilen

wollte, nahm der Rat eine zurückhaltende Position ein.

Welche konkreten inhaltlichen Impulse von der Konferenz ausgehen, wird sich in den kommenden Monaten noch abzeichnen. In einer der kommenden Ausgaben der Politischen Studien wird Ilse Aigner, die die Landesparlamente bei der Zukunftskonferenz vertritt, uns einen Einblick aus der Herzkammer der Zukunftskonferenz geben.

Der Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe der Politischen Studien dient dazu, ein Schlaglicht auf weitere Diskussionen, Facetten und Aktivitäten zur EU-Zukunftskonferenz zu werfen. Einleitend beleuchtet Markus Ferber, MdEP, der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europaparlament, wie sich die EU wieder stärker am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientieren könnte. Dazu gehört erstens die Forderung, die Fiskal- und Geldpolitik auf Stabilitätskurs zu bringen, da eine leichtfertige Haushaltspolitik die Stabilität der Währung bedrohe. Zweitens regt er an, Problemfelder im Bereich der Bankenunion zu adressieren, beispielsweise durch eine Harmonisierung der Bankeninsolvenzregelung. Eine Haftungsvergemeinschaft lehnt er ab und sieht hierin einen negativen Anreiz für riskante Bankgeschäfte. Mit Blick auf das Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen, mahnt er, dass dieser Prozess nicht zu „Carbon-Leakage“, der Verlagerung der Produktion abseits des EU-Emissionshandelssystems, führen dürfe.

Die Perspektive der jungen Generation spiegelt der zweite Beitrag des Schwerpunkts von Christian Doleschal, dem jüngsten Europaparlamentarier der Union und Vorsitzenden der Jungen Union (JU)

Bayern, wider. Um die EU zukunftsfähig aufzustellen, fordert er eine Trias an Maßnahmen. Erstens müsse die EU demokratischer werden, indem das Spitzenkandidatenprinzip als transparente Form der Kandidatenaufstellung durch die Parteien verbindlich festgehalten werde. Zweitens ist eine Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit für ihn essenziell. Geeignete Schritte hierzu seien Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie die Schaffung eines genuinen digitalen Binnenmarkts. Drittens fordert Doleschal, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auch mit Blick auf die Fiskal- und Haushaltspolitik zu denken und keine Aufweichung der Schuldenregelungen zu forcieren.

Komplementiert werden diese beiden Analysen durch einen gemeinsamen Bericht der Münchner Vertretungen von Kommission und Parlament, die ein Schlaglicht auf die konkrete Umsetzung der Zukunftskonferenz in Süddeutschland werfen. Diese lebe „vom Zusammenspiel der Ebenen und ihrem Graswurzelcharakter“ (S. 39) und solle die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite erreichen. Besonders junge Menschen würden gezielt angesprochen, beispielsweise mit digitalen und analogen Formaten zu den Themen Ausbildung, Wissenschaft und Innovation. ///



**/// DR. SARAH SCHMID-NÜRNBERG**  
ist Leiterin des Referats Verfassung, Europäische Integration und Gesellschaftliche Partizipation in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Eurobarometer: Standard-Eurobarometer 95, 2021, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2532>, S. 29, Stand: 16.11.2021.

<sup>2</sup> Ebd., S. 34.

<sup>3</sup> Juncker, Jean-Claude: Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beim Festakt des Europäischen Forums Alpbach, 2016, [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH\\_16\\_2863](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_16_2863), Stand: 17.11.2021.

<sup>4</sup> Weidenfeld, Werner: Licht an Europas Sorgenhorizont, in: Süddeutsche Zeitung, 14.11.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-licht-an-europas-sorgenhorizont-1.5463930>, Stand: 17.11.2021.

<sup>5</sup> Geppert, Dominik: Gespaltene Gesellschaften: Die EU wird sich stark verändern, 2021, <https://www.deutschlandfunk.de/gespaltene-gesellschaften-die-europaeische-union-wird-sich-100.html>, Stand: 17.11.2021.

<sup>6</sup> Europäische Union: Konferenz zur Zukunft Europas, 2021, [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/conference-future-europe\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/conference-future-europe_de), Stand: 16.11.2021.

<sup>7</sup> Eurobarometer: Standard-Eurobarometer 95, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2532>, S. 22, Stand: 19.11.2021.

<sup>8</sup> Konferenz zur Zukunft Europas: Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas. Zweiter Zwischenbericht, September 2021, [prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/n8in7jmzpp9yhkwinaevpx2owru?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%221240577DE.pdf%22%22](https://prod-cofe-platform.s3.eu-central-1.amazonaws.com/n8in7jmzpp9yhkwinaevpx2owru?response-content-disposition=inline%3B%20filename%3D%221240577DE.pdf%22%22), Stand: 18.11.2021.

<sup>9</sup> Ebd., S. 77.

**Über Zielrichtung und Gestaltungsumfang der Konferenz gibt es EU-intern KONTROVERSEN.**

/// Für die Zukunft aufstellen

## EUROPAS WIRTSCHAFT IM LICHT DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

**MARKUS FERBER** /// Das Wirtschaftsmodell der EU steht vor enormen Herausforderungen. Die EU-Mitgliedsstaaten kämpfen in Folge der Corona-Krise mit hoher Staatsverschuldung, einem unfertigen Finanzbinnenmarkt und einer komplexen Transformation hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft bietet für diese Herausforderungen weiterhin die richtigen Antworten.

Die Europäische Union zählt zu den erfolgreichsten und wohlhabendsten Wirtschaftsregionen der Welt. Seit dem Zweiten Weltkrieg, der in Europa vor allem Trümmerhaufen zurückgelassen hat, haben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einen beispiellosen wirtschaftlichen Wiederaufstieg gefeiert. Die Grundlage dieser beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung war die Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft, wie sie von Alfred Müller-Armack und Walter Eucken erdacht und von Ludwig

Ehrhardt popularisiert wurde, basiert auf der Grundidee, die Marktkräfte mit einem Element des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Auf Basis einiger Grundprinzipien wie freier Preisbildung, Vertragsfreiheit, Haftungsprinzip, einer stabilen Geldpolitik und einer effektiven Wettbewerbspolitik konnte eine beeindruckende Wohlstandsvermehrung erzielt werden.

Auch wenn die konkreten wirtschaftspolitischen Herausforderungen heute sicherlich andere sind als in der direkten Nachkriegszeit, sollten die

**Die Soziale Marktwirtschaft als geeigneter Ordnungsrahmen kann Europa auf seinem Weg zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell helfen.**



### Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft wurde zu einem **ERFOLGS-MODELL**.

Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft für die europäische Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik nichtsdestoweniger maßgeblich sein. Eine grundsätzliche marktwirtschaftliche Orientierung, eine stabilitätsorientierte Geld- und Fiskalpolitik, eine durchgreifende Wettbewerbspolitik und die Achtung des Verhältnismäßigkeits- und Subsidiaritätsprinzips sollten auch im 21. Jahrhundert Maßgabe europäischer Politik bleiben.

#### Rückkehr zu stabilitätsorientierter Fiskal- und Geldpolitik

Eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre wird darin bestehen, die europäische Fiskal- und Geldpolitik wieder auf einen stabilitätsorientierten Kurs zu bringen. Durch die Covid-19-Krise und die mit ihr einhergehenden wirtschaftlichen Verwerfungen sind die Staatsschulden in vielen EU-Mitgliedsstaaten förmlich explodiert. Vor dem Hintergrund einer Gesundheits- und Wirtschaftskrise ungekannten Ausmaßes war eine kraftvolle fiskal- und geldpolitische Reaktion sicher angemessen und richtig. Nichtsdestoweniger hat genau diese Reaktion die ohnehin schon prekär hohe Staatsverschuldung in einigen Mitgliedsstaaten noch einmal deutlich erhöht.

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) ist dadurch in eine gewisse

Zwickmühle geraten. Formell dient die ultralockere Geldpolitik der EZB mit milliardenschweren Anleihekaufprogrammen zwar allein geldpolitischen Zielen. Sie hat jedoch auch den Nebeneffekt, dass sie die Refinanzierungskosten aller EU-Mitgliedsstaaten deutlich nach unten drückt. Davon profitieren nicht zuletzt diejenigen Mitgliedsstaaten, oftmals in Südeuropa, mit prekär hohen Schuldenständen. Diese Konstellation geht so lange gut, wie die Preisentwicklung in der Eurozone eine lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank rechtfertigt. Zieht die Inflation, wie in den vergangenen Monaten bereits zu beobachten war, jedoch auf längere Sicht an, wird die EZB, deren oberstes Mandat die Bewahrung der Preisstabilität ist, nicht darum herumkommen, sich von der ultralockeren Geldpolitik der vergangenen Jahre zu verabschieden.

Wenn sich das Zinsumfeld dreht, könnten aber jene Mitgliedsstaaten mit sehr hoher Staatsverschuldung schnell vor einem massiven Finanzierungsproblem stehen. Insofern ist der Abbau der extrem hohen Staatsverschuldung, die in der Eurozone inzwischen bei über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, eine zentrale Herausforderung, nicht zuletzt, um eine stabilitätsorientierte Geldpolitik weiter zu ermöglichen.

Wenngleich die Corona-Krise beim Thema Staatsverschuldung sicherlich wie ein Brandbeschleuniger gewirkt hat, hat sie am Ende doch nur ohnehin bestehende Trends verschärft. Die europäischen Fiskalregeln im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen eigentlich eine exzessive Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten verhindern und damit die Stabilität der ge-

meinsamen Währung bewahren. Die letzte Finanz- und Staatsschuldenkrise, bei der neben einigen anderen Staaten vor allem das hochverschuldete Griechenland im Fokus stand, hat gezeigt, wohin eine leichtfertige Haushaltspolitik führen kann, nämlich zu einer Unterhöhnung der gemeinsamen Währung und des Haftungsprinzips.

Deshalb wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Jahr 2011 einer grundsätzlichen Überarbeitung unterzogen, im Rahmen derer insbesondere das Instrument der haushaltspolitischen Überwachung weiter gestärkt wurde. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass auch der reformierte Stabilitäts- und

### Die europäischen Fiskalregeln sollen die **STABILITÄT** der gemeinsamen Währung bewahren.

Wachstumspakt die hochgesteckten Erwartungen an ihn nicht erfüllen konnte. Auf der einen Seite war er immer wieder Auslöser heftigen Streits zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission, auf der anderen Seite hat er in vielen Mitgliedsstaaten den Aufbau einer besorgniserregend hohen Staatsverschuldung nicht verhindern können. Dort ist die Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt trotz eines positiven gesamtwirtschaftlichen Umfelds auch im Zeitraum von 2012 bis 2019 weiter gestiegen. Dieser Trend hat sich durch die Corona-Krise noch einmal verstärkt.

Eine Reform der europäischen Schuldenregeln ist also dringend notwendig. Um zu einem glaubwürdigeren und effektiveren Rahmen zu kommen, sind insbesondere vier Aspekte entscheidend:

- Erstens braucht es eine Verschlankeung des bestehenden Regelwerks. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist über die Jahre immer komplexer geworden. Dies macht den Prozess der Anwendung extrem intransparent und gibt der Europäischen Kommission als Hüterin des Prozesses zu viele Entscheidungsspielräume. Anstatt für jeden denkbaren Einzelfall eine Spezialregelung zur Hand zu haben, sollte sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt auf einige wenige Grundprinzipien beschränken, die konsequent zur Anwendung gebracht werden.
- Zweitens sollten die Regeln stärker auf direkt beobachtbare und von politischen Entscheidungsträgern beeinflussbare Kennziffern ausgerichtet sein. Die Prozesse im Stabilitäts- und Wachstumspakt beruhen derzeit zu sehr auf Kennziffern, die entweder geschätzt werden müssen, nicht vollständig von politischen Entscheidungsträgern beeinflusst werden können oder häufigen Revisionen unterliegen. Dadurch ist die Entscheidungsfindung schwer nachvollziehbar und anfällig für Manipulationen. Daher sollte man sich zukünftig auf einige wenige Kennziffern konzentrieren, die von den politischen Entscheidungsträgern in Echtzeit beobachtet und beeinflusst werden können. Das Ausgabenwachstum ist dafür ideal.
- Drittens sollte die Aufsicht über die Fiskalregeln einer unabhängigen In-

stitution übertragen werden, die weniger politisch agiert als es die Europäische Kommission tut. Der Europäische Fiskalausschuss hat sich in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren als kompetente Institution hervorgetan.

- Viertens müssen wir uns mehr um das Thema Krisenprävention kümmern. Das zentrale Instrument dafür ist das Europäische Semester, das künftig wieder stärker auf Haushaltspolitik und Wettbewerbsfähigkeit fokussiert werden sollte.

**Ein glaubwürdiger und EFFEKTIVER Rahmen für die europäische Schuldenregelung ist notwendig.**

### Kapitalmarktunion und Bankenunion stärken

Eine stabilitätsorientierte Fiskal- und Geldpolitik sind zwar notwendige Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität, garantieren aber allein noch keinen wirtschaftlichen Erfolg. Ein entscheidender Faktor, gute und innovative Ideen zu realisieren, ist der Zugang zu Finanzierung. Hier kann die Europäische Union definitiv einen langfristig bedeutsamen Beitrag leisten. Zwei regulatorische Großprojekte in diesem Zusammenhang sind die Bankenunion und die Kapitalmarktunion. Die Bankenunion war Europas Antwort auf die Finanzkrise 2008/2009. Als wesentliches Element der Krisenaufarbeitung soll sie dazu beitragen, die europäischen

Kreditinstitute sicherer und das Finanzsystem stabiler zu machen sowie den innereuropäischen Bankenmarkt zu vertiefen. Sie steht dabei auf drei wesentlichen Säulen:

- einer gemeinsamen Bankenaufsicht durch den bei der Europäischen Zentralbank angesiedelten Gemeinsamen Aufsichtsmechanismus für Großbanken sowie einem einheitlichen Aufsichtsregelwerk für kleinere Banken,
- einem gemeinsamen Regelwerk für die Abwicklung strauchelnder Banken sowie
- gemeinsamen hohen Standards bei der Einlagensicherung.

Seit der Finanzkrise wurden zwar enorme Fortschritte im Bereich der Bankenunion erzielt und insbesondere ein hohes Schutzniveau für Verbraucher in ganz Europa vereinbart, aber dennoch gibt es noch einige Baustellen. So haben wir in den vergangenen Jahren gesehen, dass das Versprechen des neuen Abwicklungsregimes, dass strauchelnde Banken in Zukunft nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden sollen, bisher noch nicht eingelöst wurde. Hier muss nachgebessert werden, wofür es insbesondere eine Harmonisierung des Bankeninsolvenzrechts, aber auch Anpassungen am Wettbewerbsrecht braucht.

Viele Unterstützer der Bankenunion sind davon überzeugt, dass die vollständige Integration der nationalen Einlagensicherungssysteme, die auf eine Haftungsgemeinschaft hinauslaufen würde, eine zwingende Voraussetzung für die Vervollständigung der Bankenunion darstellt. Diese Argumentation ist aber nicht schlüssig. Die bereits vereinbarten gemeinsamen hohen Standards, die Einlagen bis 100.000 Euro absichern, sollten

gepaart mit einem strengen Bankenaufsichtsrecht bereits für ein ausreichend hohes Schutzniveau in ganz Europa sorgen. Die Schaffung einer Haftungsgemeinschaft würde das bestehende hohe Schutzniveau allenfalls marginal verbessern, aber gleichzeitig zu erheblichen Anreizproblemen führen, da durch einen solchen Schritt de facto das Haftungsprinzip ausgehebelt würde. Es wäre denkbar, dass sich manche Bankinstitute angesichts der Gemeinschaftshaftung dazu verleiten sehen würden, besonders riskante Bankgeschäfte einzugehen. Schließlich würden etwaige Gewinne aus solchen Geschäften bei der jeweiligen Bank verbleiben, während etwaige Risiken über die Gemeinschaftshaftung abgesichert wären.

Um die Bankenunion zu vollenden, ist die Herbeiführung eines vollständig integrierten Einlagensicherungssystems also weder zwingend noch zielführend. Nichtsdestoweniger machen die Befürworter eines solchen Schrittes zumindest dahingehend einen Punkt, als die Integration des europäischen Bankenmarktes bislang eher schleppend verläuft und wenig grenzüberschreitende Konsolidierung zu beobachten ist. Wenn man einen gesamteuropäischen Bankenmarkt erreichen will, muss man an dieser Stelle regulatorisch, aber vor allem wettbewerbsrechtlich ansetzen. Bislang hat die Europäische Kommission als oberste Wettbewerbsbehörde mit

Blick auf den Bankensektor, ähnlich wie bei anderen Sektoren wie der Luftfahrt, Energieversorgung oder Telekommunikation, ein zu enges Marktverständnis. Zwar ist eine strenge und wirkungsvolle Wettbewerbsaufsicht grundsätzlich im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist aber trotzdem fraglich, ob wir einen weitgehend integrierten Binnenmarkt tatsächlich so organisieren müssen, dass in jedem noch so kleinen EU-Mitgliedsstaat mindestens drei Telekommunikationsanbieter, Energieversorger oder Bankengruppen miteinander im Wettbewerb stehen müssen.

Wenn dies der Maßstab ist, verhindern wir grenzüberschreitende Konsolidierung und halten unsere europäischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb künstlich klein. Angesichts der Struktur der europäischen Wirtschaft, die zwar vorwiegend mittelständisch geprägt ist, aber auch eine ganze Reihe großer multinationaler Konzerne umfasst, brauchen wir auch in Europa leistungsfähige Großbanken. Diese müssen im internationalen Wettbewerb bestehen können und unseren Unternehmen alle notwendigen Bankdienstleistungen, von Währungsabsicherungsgeschäften bis hin zur Begleitung eines Börsenganges aus einer Hand anbieten können.

Das Schwesterprojekt zur Bankenunion ist die Kapitalmarktunion. Das europäische Modell der Unternehmensfinanzierung hat eine deutliche Schlagschleife zur fremdkapitalfinanzierten Bankenfinanzierung. Gleichzeitig sind europäische Kapitalmärkte im internationalen Vergleich, insbesondere mit den USA und dem Vereinigten Königreich, deutlich unterentwickelt. Auch haben wir in vielen EU-Mitgliedsstaaten keine ausgeprägte Aktienkultur. Im Gegenteil: Die Skepsis vieler Privatanleger ge-

**Eine Haftungsgemeinschaft braucht es in der Bankenunion NICHT.**

genüber Anlagen in Wertpapieren ist groß, was auch unter dem Gesichtspunkt der Altersvorsorge ein langfristiges Problem darstellt.

Eine Stärkung der europäischen Kapitalmärkte ist dringend geboten, wenn wir unseren europäischen Unternehmen breite Finanzierungsoptionen eröffnen wollen, die über die klassische Bankfinanzierung hinausgehen. Sowohl Eigenkapitalfinanzierung über Börsen als auch die Fremdkapitalfinanzierung über Anleihen bedarf leistungsfähiger europäischer Finanzmärkte. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nach dem Brexit der größte und leistungsfähige europäische Finanzplatz, nämlich London, inzwischen in einem Drittstaat liegt, gewinnt die Kapitalmarktunion auch eine neue strategische Bedeutung.

### Eine **KAPITALMARKTUNION** könnte die europäischen Kapitalmärkte stärken.

Im Moment gibt es drei große Bausteine, die angegangen werden sollten, um das Projekt Kapitalmarktunion voranzubringen und damit einen größeren paneuropäischen Liquiditätspool für die Unternehmensfinanzierung zu schaffen: Marktstruktur, Steuer- und Insolvenzrecht.

Im Bereich der Marktstruktur ist eine erhebliche Zersplitterung der europäischen Handelsplätze zu beobachten. Dies, kombiniert mit dem Umstand, dass ein substanzieller Anteil des europäischen Aktienhandels nicht an klassi-

schen Börsen stattfindet, sondern an atypischen Handelsplätzen mit geringen Transparenzanforderungen, erschwert eine effiziente Preisbildung, was den Handel von Wertpapieren für alle Anleger verkompliziert und verteuert. Eine Marktstrukturreform, die Handelsströme wieder verstärkt zu transparenten Handelsplätzen hinlenkt, ist dringend geboten, um der Zersplitterung entgegenzuwirken und eine effizientere Preisbildung zu ermöglichen.

Neben den Marktstrukturproblemen, die alles in allem lösbar erscheinen, gibt es aber mit dem Steuer- und Insolvenzrecht noch zwei weitere erhebliche Herausforderungen. Grenzüberschreitende Investitionen bleiben so lange unattraktiv, wie steuerrechtliche Probleme wie Doppelbesteuerung oder schleppende Steuerrückerstattungen an der Tagesordnung bleiben. Gleiches gilt für das Thema Insolvenzrecht. Wenn unklar ist, wie lange sich im Zweifel ein Insolvenzverfahren hinzieht und unter welchen Konditionen die Rückgewinnung des eingesetzten Kapitals möglich ist, verlieren Investitionen in ausländische Unternehmen an Attraktivität. Auch wenn Harmonisierungen des Steuer- und Insolvenzrechts bei den EU-Mitgliedsstaaten traditionell schwierig sind, ist diese Art von Reform definitiv notwendig, um die Kapitalmarktunion voranzubringen.

### Die Herausforderungen der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit

Breite und diversifizierte Finanzierungskanäle sind für die Europäische Union auch deshalb wichtig, da die Transformation zu einem weniger kohlenstoffintensiven Wirtschaftsmodell gleichsam enorme Investitionen wie enorme regulatorische Anstrengungen mit sich

bringt. Die Europäische Union hat sich mit ihrem Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 extrem ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Um diese zu erreichen, hat die Europäische Kommission im Sommer 2021 unter dem Stichwort „Fit for 55“ ein umfassendes Gesetzespaket vorgelegt. Das Ziel des Pakets besteht in einer Absenkung der Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990. Langfristig, bis 2050, soll die Europäische Union Klimaneutralität erreichen.

Die Einzelmaßnahmen des „Fit for 55“-Pakets umfassen einen weiten Reigen von erprobten, marktwirtschaftlich orientierten Instrumenten wie einem ausgeweiteten Emissionshandelssystem, das künftig auch für den Straßenverkehr und den Gebäudesektor gilt, bis hin zu scharfen ordnungsrechtlichen Vorschriften wie etwa strengeren CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge. Zweifelsohne wird dieser Maßnahmenkatalog europäische Unternehmen, insbesondere solche in energieintensiven Sektoren, im internationalen Wettbewerb vor erhebliche Herausforderungen stellen. Im Extremfall könnte dies zur Abwanderung ebener Unternehmen und ihrer Emissionen führen („Carbon Leakage“). Um genau das zu verhindern, hat die Euro-

### Mit dem „FIT FOR 55“-Paket reagiert die Europäische Kommission auf die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit.

päische Kommission einen komplexen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus vorgestellt, der einen CO<sub>2</sub>-Preis für Einfuhren bestimmter Produktkategorien einführt und damit im Binnenmarkt gleiche Wettbewerbsbedingungen für inner- und außereuropäisch hergestellte Produkte herstellen soll.

Bei den Vorschlägen der Europäischen Kommission im „Fit for 55“-Paket handelt es sich zweifelsohne um einen ehrgeizigen Maßnahmenkatalog. Die Detailbetrachtung zeigt aber eine Reihe konzeptioneller Probleme auf, die schnell zu handfesten wirtschaftlichen Problemen führen könnten. Zum einen ist das Paket insofern nicht in sich stimmig, als es dieselben Probleme oft mehrfach adressiert. Das Emissionsproblem im Straßenverkehr wird beispielsweise sowohl durch das Emissionshandelssystem, durch die Mineralölsteuer als auch durch die Emissionsnormen für Pkw geregelt. Für den Nutzer ergibt sich so in vielen Fällen eine Doppel- oder Dreifachbepreisung, was grundsätzliche Fragen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit des Maßnahmenmixes aufwirft.

Teil des Problems ist dabei auch, dass das „Fit for 55“-Paket zu stark auf Ordnungsrecht statt auf innovationsfördernde und technologieoffene marktwirtschaftliche Lösungen setzt. Gegenüber detaillierten branchen- und sektorspezifischen Vorgaben, die im Einzelfall oft schwierig und teuer in der Umsetzung sind und sich nur mit erheblichen Aufwand kontrollieren und durchsetzen lassen, wäre ein möglichst breit angelegtes Emissionshandelssystem als zentrale Klimaschutzmaße vorzuziehen. Ein marktwirtschaftliches System wie das Emissionshandelssystem hat nämlich den entscheidenden Vorteil, dass es neutral hinsichtlich der für ein bestimmtes

Reduktionsziel gewählten Maßnahmen ist. Das führt am Ende dazu, dass der gewählte Reduktionspfad stets der gesamtwirtschaftlich kosteneffizienteste ist und nicht durch politische (Fehl-) Entscheidungen, die die wirtschaftliche Freiheit der privaten Wirtschaftsakteure einengen, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft eingeschränkt wird.

Schlussendlich setzt das „Fit for 55“-Paket darauf, dass die Idee eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, der europäische Unternehmen vor der außer-europäischen Konkurrenz schützen soll, in der Praxis auch tatsächlich funktioniert. Neben der komplexen technischen Operationalisierung stellt sich hier auch die Frage, ob ein solcher Mechanismus, der in letzter Konsequenz einen Zoll darstellt, mit den Vorgaben der Welthandelsorganisation in Einklang zu bringen ist. Hier gibt es zumindest berechtigte Zweifel. Als Europäer mit einem exportorientierten Wirtschaftsmodell sollten wir uns jedoch davor hüten, auch nur den Eindruck zu erwecken, das regelbasierte Welthandelssystem in Frage stellen zu wollen.

Neben diesem grundsätzlichen Problem steht noch ein praktisches: Selbst wenn der neue CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus wider Erwarten problemlos implementierbar und kompatibel mit internationalem Recht wäre, hätten wir zwar für gleiche Wettbewerbsbedingungen im Europäischen Binnenmarkt

gesorgt, aber exportorientierten europäischen Unternehmen, die auch in außer-europäischen Märkten mit der internationalen Konkurrenz im Wettbewerb stehen, ist wenig geholfen.

#### Fazit: Soziale Marktwirtschaft als Leitmodell

Das europäische Wirtschaftsmodell steht heute vor enormen Herausforderungen, die sich von denen des vergangenen Jahrhunderts fundamental unterscheiden. Die Soziale Marktwirtschaft bietet nichtsdestoweniger auch für die Zukunft einen hilfreichen Ordnungsrahmen, an dem sich die europäische Wirtschaftspolitik ausrichten sollte. ///



/// MARKUS FERBER, MDEP  
ist Vorsitzender der Hans-Seidel-Stiftung, München.

Das Maßnahmenpaket weist noch erhebliche **KRITIKPUNKTE** auf.

/// Erwartungen der Jugend an die Zukunft Europas

## WETTBEWERBSFÄHIGKEIT, WOHLSTAND UND STABILITÄT

**CHRISTIAN DOLESCHAL** /// Europas Zukunft rückt angesichts globaler Herausforderungen in den Fokus. Das europäische Modell und seine Errungenschaften geraten unter Druck. Es langfristig zu sichern, ist eine Aufgabe für künftige Generationen. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet uns die einmalige Chance, Antworten auf die Sorgen und Nöte der Menschen, vor allem der Jugend, zu geben und Europa gleichzeitig stärker und widerstandsfähiger zu machen.

#### Das europäische Modell

Das europäische Projekt steht für die längste Friedensphase auf unserem Kontinent und für das Ende der kommunistischen und faschistischen Regime. Es steht für die Schaffung von Demokratien auf europäischem Boden, für die Verbesserung der Wohlfahrtsysteme und für Millionen von neuen Arbeitsplätzen. Das europäische Modell mit seinen Werten der Menschenwürde, der Grundrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der

Unabhängigkeit von Justiz, Medien und Wissenschaft wird weltweit bestaunt. Doch es hat ein Wettbewerb um die Attraktivität des europäischen Modells begonnen. Europa, wie wir es kennen und schätzen, steht unter Druck, und andere Mächte wollen es streitbar machen. Der wirtschaftliche und politische Einfluss anderer Mächte in Europa nimmt zu und unser Wohlstandsversprechen gerät in Konkurrenz. Die Frage, wie unser Europa der Zukunft aussehen wird, rückt in den Fokus. Wie



Quelle: iStock.com/Lyöte\_B

Die Jugend braucht das Modell Europa. Darin liegt ihre Zukunft.

wir europäische Erfolge langfristig sichern können, ist eine Aufgabe für junge Menschen und für künftige Generationen.

Nicht immer gelingt es Europa, schnell und gemeinsam auf Krisen zu reagieren und damit die hohen Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Die Transparenz des Entscheidungsfindungsprozesses steht in Frage, Kompetenzkonflikte belasten das System und das

Vertrauen in die Europäische Union scheint zu schwinden. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Europäische Union schon bessere Tage gesehen hat. Der Populismus ist auf dem Vormarsch und einige Nationalstaaten verlieren sich in Einzelkämpfen gegen globale Bedrohungen. Wirtschaftliche Gravitationszentren entstehen am anderen Ende der Welt und Europa droht, hilflos in die Schwerelosigkeit zu fallen.

Die Herausforderungen an Europa sind globaler Natur, die nicht ohne innere Stärke und Zusammenhalt bestreitbar sind. Die Idee eines geeinten Europas muss stärker von globaler Ausrichtung geprägt sein, ohne interne Angelegenheiten zu vernachlässigen. Institutionelle und strukturelle Reformen sind dafür unumgänglich.

**Das europäische Modell steht unter DRUCK.**

### Europa muss demokratischer werden

Die europäische Geschichte ist geprägt von Kriegen und Revolutionen, vom Kampf um die Vorherrschaft politischer Systeme. Die Werte der repräsentativen Demokratie und der politischen Debatte sollten gerade von uns Europäern hochgehalten werden. Seit der Nachkriegszeit und dem Fall des Eisernen Vorhangs haben sich die Parlamente als wichtigstes Sprachrohr der Bürger bewährt und sind fest in unserer Kultur verankert. Für die Zukunft Europas ist es wichtig, diese Geschichte fortzuschreiben und Europa angesichts der großen Herausforderungen noch demokratischer zu gestalten. Dazu gehört die Stärkung des Europäischen Parlaments durch ein eigenes Recht für Gesetzesinitiativen und die primärrechtliche Verankerung des Spitzenkandidatensystems für die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission.

Die Fortschreibung der demokratischen Erfolgsgeschichte Europas ist jedoch kein Selbstzweck. Das Scheitern des Spitzenkandidatensystems aufgrund seines unverbindlichen Charakters als „soft law“ bei der Europawahl 2019 hat vor allem in Bayern und Deutschland tiefe Spuren hinterlassen und das Vertrauen in die demokratische Legitimation der europäischen Institutionen geschwächt. Kräfte, die Parlamente und demokratische Institutionen delegitimieren und in Frage stellen wollen, muss entschieden entgegen gewirkt werden. Das Vertrauen der Bürger in Europa und die EU-Kommission als sein Exekutivorgan wird nur dann gestärkt, wenn das Wahlsystem auch hält, was es verspricht.

Wir haben im Vorfeld der Wahl den Eindruck vermittelt, der Spitzenkandidat würde im Falle einer erfolgreichen Wahl auch sein Amt antreten dürfen. Diese

beim Bürger geweckte Erwartungshaltung muss bestätigt werden, da Europa ansonsten an Glaubwürdigkeit verliert. Dafür ist es notwendig, dass sich Spitzenkandidaten für die Kommissionspräsidentschaft einem demokratischen Nominierungsverfahren in ihren Parteien unterziehen und sich nur so nach der Wahl auch der Unterstützung in den Gremien und dem Parlament gewiss sein können. Dem Bedürfnis und dem Wunsch der jungen Menschen nach einem demokratischeren Europa muss Rechnung getragen werden. Die Jugend fordert ein Ende der Hinterzimmerpolitik.

**Europa muss transparenter und DEMOKRATISCHER legitimiert werden.**

Es ist allen klar, dass Europa vor großen Aufgaben steht. Manche gehen sogar regelmäßig auf die Straße, weil die Herausforderungen nicht energisch genug angegangen würden. Andere hingegen fühlen sich von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sowie deren Geschwindigkeit regelrecht überfordert. Um den Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam anzugehen, werden wir mehr finanzielle Mittel und Kompetenzen auf europäischer Ebene benötigen. Auch darum brauchen wir eine stärkere demokratische Legitimation.

**Europa muss wettbewerbsfähiger werden**

Eine zentrale Frage für die Zukunft Europas ist, wie wir unseren Wohlstand

und unseren Einfluss in einer Welt erhalten können, in der wir demografisch und wirtschaftlich immer weniger Gewicht haben. Während wir Europäer zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch knapp ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachten, sind es heute nur noch 7 Prozent, und bis Mitte des Jahrhunderts wird dieser Anteil weiter sinken. Auch unser Anteil an der Weltwirtschaftsleistung ist rückläufig und liegt jetzt bei weniger als einem Viertel. Gleichzeitig erbringen wir aber die Hälfte der weltweiten Sozialleistungen.

Die Schwellenländer, allen voran China, beanspruchen immer mehr Einfluss. Dass die Bandenwerbung bei der Fußball-Europameisterschaft im vergangenen Sommer von chinesischen Marken dominiert wurde, dass Smartphones entweder aus Kalifornien oder Ostasien stammen und dass die großen digitalen Plattformen wie Facebook oder Alibaba nicht auf unserem Kontinent angesiedelt sind, bleibt bei jungen Menschen nicht unbemerkt.

Der Eindruck, dass Deutschland und Europa den Anschluss an die Weltspitze verloren haben, verfestigt sich, vor allem in innovativen Wirtschaftsbereichen. Stattdessen entwickeln sich am anderen Ende der Welt wirtschaftliche Gravitationszentren, die unsere Produktivität, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand herausfordern. Europa muss wettbewerbsfähiger werden, wenn es in Zukunft nicht zum Spielball anderer Mächte werden will. Mehr denn je benötigen wir daher einen echten digitalen Binnenmarkt und Investitionen in die europäische Forschung und Entwicklung.

### Europa muss den Wohlstand nachhaltig sichern

Eine große Krise, an die sich viele junge Europäer erinnern, ist die Finanzkrise

von 2008. Sie war eine echte Bewährungsprobe für die EU, die sie glücklicherweise bestanden hat. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind jedoch in Ländern wie Griechenland noch immer zu spüren. Die Lehre daraus ist, dass Europas Wohlstand nur dann langfristig gesichert ist, wenn wir eine finanziell nachhaltige und stabile Wirtschafts- und Währungsunion aufrecht erhalten, in der Verantwortung und Haftung für Staatsausgaben nicht auseinanderklaffen. Nur so lassen sich zwischenstaatliche Fehlanreize und ein gefährliches Schuldenmanagement vermeiden. Die zukünftigen Herausforderungen können nur gemeistert werden, wenn die Finanzarchitektur der EU auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, der Subsidiarität und der Eigenverantwortung beruht.

### Die Europäische Gemeinschaft braucht eine **STABILE** Wirtschafts- und Währungsunion.

Doch diese Prinzipien geraten unter Druck. Investitionen zur Stabilisierung der Wirtschaft sind zweifellos notwendig. Doch auch der Ruf nach einer schnellen grünen Transformation wird lauter. Die Corona-Pandemie war und ist eine große Herausforderung für Europa. Der einzigartige solidarische Akt der EU-Kreditaufnahme zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie war richtig und wichtig. Dass einige politische Kräfte eine Debatte über seine

Verstetigung führen, ist jedoch gefährlich. In ähnlich gefährlicher Weise stellt sich die Überprüfung der Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspakts dar. Auch hier zeichnet sich eine Debatte über die Aufweichung der europäischen Schuldenregeln und schlussendlich über die Zukunft und Stabilität unseres gemeinsamen Währungsraums ab.

Es scheint, dass der Zeitgeist mehr und mehr von Verschuldung beherrscht wird. Schulden werden als Kredite und schlussendlich als Zukunftsinvestitionen betitelt. Seit der großen Finanzkrise ist die weltweite Verschuldung jedoch um mehr als ein Drittel auf ein Rekordniveau angestiegen. Dieser globale Trend zu einer unaufhaltsam steigenden Verschuldung belastet vor allem junge Menschen und bleibt ihnen nicht verborgen. Gleichzeitig rücken Themen wie Altersvorsorge, Rente und langfristige Stabilität immer mehr in den Fokus von Erstwählern. Der Wunsch der jungen Menschen nach Stabilität und Nachhaltigkeit verlangt nach einem stabilen finanzpolitischen Kompass. Für die Zukunft Europas ist es unumgänglich, sich auf allen Ebenen mit dem Phänomen der Verschuldung auseinanderzusetzen, denn selbst die Haushalte von Bund und Ländern sind in letzter Zeit enorm gewachsen.

Wettbewerbsfähigkeit und langfristiger Wohlstand hängen neben notwendigen Investitionen eben auch von einem stabilen Finanzsystem und schlanken, belastbaren Haushalten ab. Das Vertrauen in die Politik wächst nicht, wenn Verfassung und Verträge durch haushaltspolitische Tricks untergraben werden. Die Politik muss den mühsamen Weg des Abwägens gehen und endlich wieder Prioritäten setzen, statt zu versuchen, alle Interessensgruppen zu-

### Die zunehmende **SCHULDENPOLITIK** ist keine Investition in die Zukunft.

frieden zu stellen. Die Politik muss den Wert privater Investitionen neu bewerten und sich nicht zum ersten und wichtigsten Akteur erklären. Die Politik muss wieder lernen, mit weniger auszukommen, Effizienz zu zeigen und Kreativität zu fördern. Nur so können wir auch junge Menschen für Politik und die europäische Idee begeistern. ///



Quelle: Martin Lahousse

/// **CHRISTIAN DOLESCHAL, MDEP**  
ist Vorsitzender der Jungen Union Bayern.

/// Die EU in Süddeutschland

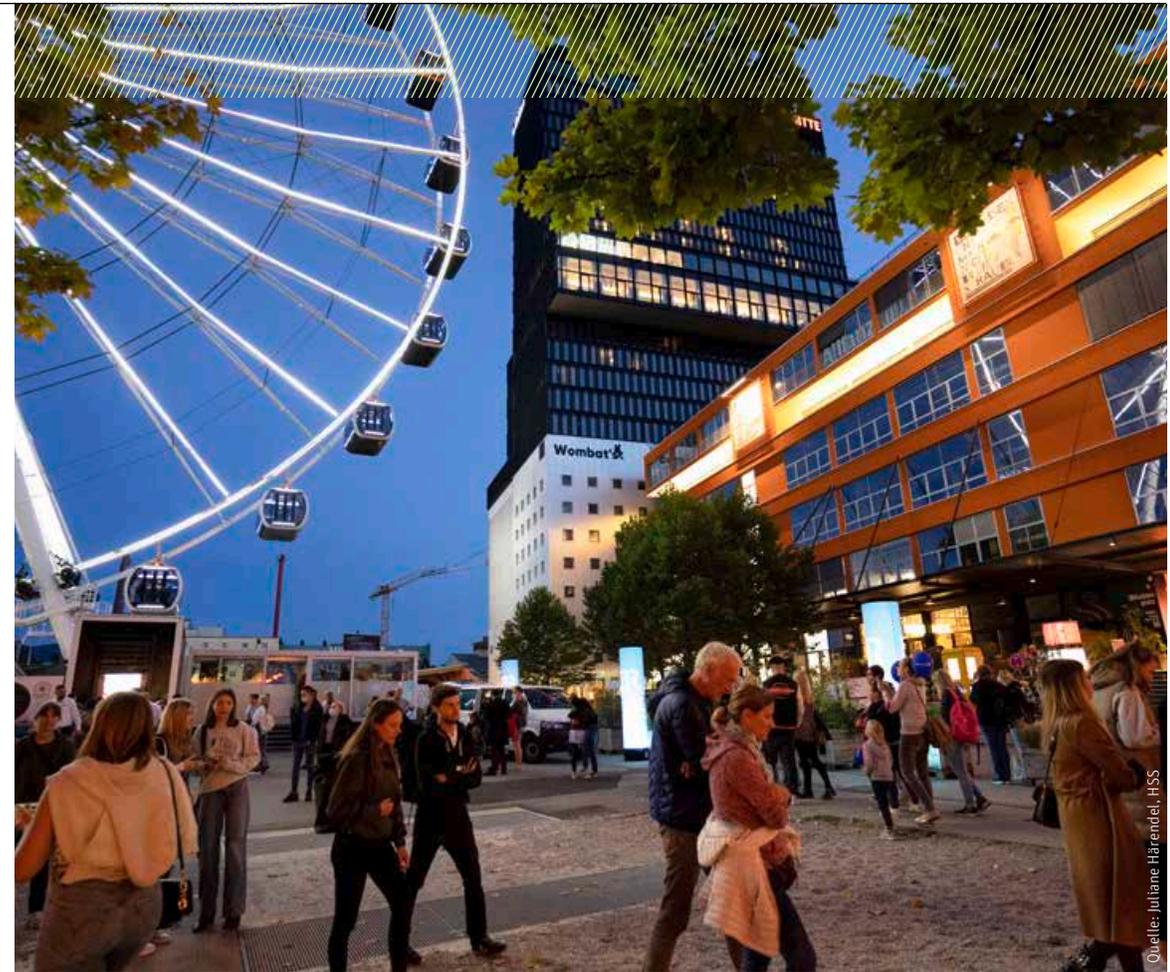
## DER BAYERISCHE BEITRAG ZUR ZUKUNFTSKONFERENZ

**COSIMA BARÓN / RENKE DECKARM / JOHANNES VORBACH** /// Die Konferenz zur Zukunft Europas lebt vom Austausch, virtuell auf der Plattform [futureu.europa.eu](https://futureu.europa.eu), aber insbesondere im Rahmen lokal organisierter Veranstaltungen. Gerade Süddeutschland kann im Herzen Europas einen entscheidenden Beitrag für eine gemeinsame europäische Zukunftsvision leisten.

Am 9. Mai 2021, dem Europatag, startete das Großprojekt der Konferenz zur Zukunft Europas. Seitdem schreitet es auf allen Ebenen und basierend auf den

drei festgelegten Säulen Bürgerdialoge, Online-Plattform und Plenardebatten immer weiter voran. Ziel ist es, den Bürgern eine Chance der Beteiligung zu bieten, um alle Ebenen europäischer Demokratie besser miteinander zu verknüpfen und der Beteiligung neuen Schwung zu verleihen. Eigeninitiative, neue und innovative Ideen oder auch kritisches Hinterfragen sind von den Teilnehmenden bei diversen Formaten gefragt. Die gesammelten Ergebnisse aus allen Regionen werden in regelmäßigen Abständen im Plenarsaal des EU-

**Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein Forum, das den Bürgern Mitsprache und **BETEILIGUNG** bietet.**



„Die lange Nacht der Demokratie“ in München am 2. Oktober 2021: Bei einer Rundfahrt mit dem Riesenrad konnte man auch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments ins Gespräch kommen.

Parlaments diskutiert. Durch eine gemeinsame Abschlusserklärung in Form eines Berichts werden die Ergebnisse der Konferenz am Ende zusammengefasst und dem Exekutiv Ausschuss übergeben. Dann liegt der Ball wieder im Feld der EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten, die die Ergebnisse umsetzen werden.

### Ein praktischer Blick auf die Durchführung

Verantwortlich für die Planung und Durchführung der diversen Veranstaltungen können und sollen nicht nur EU-

Institutionen sein. Die Zukunftskonferenz lebt vom Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen und ihrem Graswurzelcharakter. In den einzelnen europäischen Regionen überblicken Parlamente den Fortschritt, für Bayern ist es folglich der Bayerische Landtag. Auch auf nationaler oder lokaler Ebene sind Veranstaltungen möglich, diese müssen lediglich zuvor angemeldet werden. Auf der mehrsprachigen Online-Plattform [futureu.europa.eu](https://futureu.europa.eu), auf der jeder Ideen und Meinungen einstellen kann, können nach jeder Veranstaltung die Ergeb-

nisse gesammelt hochgeladen werden. Der Bayerische Landtag und andere Schirmherren planen Events verschiedenster Art, oft mit Hilfe von externen Partnern.

Einer der ersten Bürgerdialoge wurde in Form eines Jugendforums vom Centrum für Angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München am 19. Mai 2021 online veranstaltet. Die Bayerische Europaministerin Melanie Huml diskutierte mit den eingeladenen 100 Schülern über Themen wie Umwelt, Wirtschaft, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit. Zuvor konnten sich die Teilnehmer im Zuge eines Workshops zur Vorbereitung auf die Videokonferenz und zur Ideengenerierung mit dem Thema Europa beschäftigen.<sup>1</sup>

Das Format hat sich seitdem bewährt und konnte über die vergangenen Monate verteilt in angepasster Form immer wieder mit verschiedenem Publikum eingesetzt werden. Aber auch andere Veranstaltungstypen erfreuten sich großen Andrangs – einige Beispiele dazu nachfolgend.

### **Das **FORMAT** verzeichnet insgesamt eine rege Beteiligung.**

Für den Erfolg der Konferenz zur Zukunft Europas ist entscheidend, dass sie den gesellschaftlichen Pluralismus inkorporiert, also Teilnehmer aller Altersgruppen aus urbanen und ländlichen Regionen mit diversen kulturellen

und ethnischen Hintergründen. Der Schlüssel hierfür sind die neun verschiedenen Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, welche zudem die inhaltliche Vielfalt in das Großprojekt integrieren.<sup>2</sup>

### **Die Beteiligung der EU-Institutionen in Bayern**

Die Europäische Kommission ist in den verschiedenen Regionen Europas durch Vertretungen repräsentiert und lokal vernetzt. In Deutschland gibt es insgesamt drei, nämlich in Bonn, Berlin und München. Letztere ist für Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern) zuständig und unterstützt die Umsetzung der einzelnen Projekte der Konferenz zur Zukunft Europas vor Ort. Zum Beispiel werden Angebote koordiniert und beworben oder es nehmen Vertreter an öffentlichen Veranstaltungen teil. Des Weiteren steht die Kommissionsvertretung den regionalen Partnern Rede und Antwort, sei es in informellen Videokonferenzen oder zu offiziellen Anlässen.<sup>3</sup>

Auch das Europäische Parlament verfügt in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union über Anlaufstellen, so auch in München in Form eines Verbindungsbüros. Auch ihre Aufgabe ist primär die Vermittlung zwischen Parteien und das Überblicken der Durchführung des Großprojekts. Zudem organisiert das Verbindungsbüro auch selbst Workshops und nimmt an diversen Veranstaltungen teil. Durch die äußerst gute Vernetzung der beiden lokalen Institutionen in Bayern können sie sich gegenseitig unterstützen. Vor allem bei gemeinsamer Präsenz bei Großveranstaltungen wie beispielweise der „Langen Nacht der Demokratie“ in München hat sich dies bewährt.

### **Diverse Präsenzveranstaltungen im Herbst 2021**

Im Herbst 2021 nahm die Konferenz zur Zukunft Europas an Fahrt auf. Nachdem die Covid-19-Beschränkungen gelockert wurden und die Sommerpause vorbei war, konnten viele Präsenz-Events geplant und umgesetzt werden. Nachfolgend eine Zusammenfassung der interessantesten Veranstaltungen:<sup>4</sup>

Am 2. Oktober bot „Die Lange Nacht der Demokratie“ ihren Teilnehmenden in Augsburg die Möglichkeit, bei zahlreichen Workshops ihre medialen und kreativen Ideen einzubringen. Durch über 30 Organisationen und eine Vielzahl an Ständen konnten sich Interessierte zu verschiedenen Themen austauschen. Ab 21 Uhr klang der Abend mit Musik zusammen mit dem Rapper, Aktivist und Autoren David Mayonga (Pseudonym: Roger Reklax) und einer Debatte über Rassismus und Diskriminierung aus. Im Publikumsgespräch waren auch die Gruppen Open Afro Aux und die Black Community Foundation vertreten.

Das Münchner Pendant der Veranstaltung wurde am selben Abend mit ähnlichem Format durchgeführt. In den Gondeln eines Riesenrads konnten sich Besucher unter anderem mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments austauschen. Die Ergebnisse dieser Gespräche fließen in die Zukunftskonferenz ein. Ein besonderer Fokus lag bei den bayerischen Beiträgen zur Zukunftskonferenz auf jungen Erwachsenen. So wurde am 30. September in Wieselburg bei Regensburg die Fachmesse SCHULE & BERUF für Aus- und Weiterbildung veranstaltet. Auf dieser konnten sich Jugendliche über Zukunftsmöglichkeiten informieren und am Infostand des vertretenen Europe Direct

ihre Meinungen und Ideen zur Europäischen Union abgeben.

Am 16. November wiederum veranstaltete die Hochschule Hof einen Informationsabend inklusive Paneldiskussion. Das übergreifende Thema war hierbei die EU-Förderung von Wissenschaft und Innovation, wobei der Bereich der Mobilität im Zentrum der Betrachtung stand.

### **Die regionalen **PRÄSENZVERANSTALTUNGEN** werden gut angenommen.**

### **Ein Blick über Bayerns Tellerrand hinaus**

Bayern leistet viel, aber kann die Grundlage für eine weitere europäische Integration nicht alleine schaffen. Nur durch die Beiträge aus mehreren Ländern und Regionen können die Gemeinsamkeiten von Europas Bürgern bei ihren Zielen und Wünschen effektiv identifiziert werden. Baden-Württemberg veranstaltete aus diesem Grund mehrere internationale Bürger- und Jugenddialoge, um mit seinen Nachbarregionen aus Frankreich und engen Wirtschaftspartnern wie zum Beispiel der Lombardei eine Zukunftsvision der Partnerschaft auszuarbeiten.

Sobald die europaweiten Events Mitte 2022 zu einem Ende kommen, werden die auf der Online-Plattform hochgeladenen Ergebnisse im nächsten Schritt ausgewertet sowie aufbereitet und die Durchführung der Konferenz zur Zukunft Europas damit beendet. Bis

dahin kann jeder seine eigenen Vorschläge und Ideen auf dem multilingualen Internetportal [futureu.europa.eu](https://futureu.europa.eu) einbringen und seinen Beitrag für eine europäische Zukunftsvision leisten. ///



### /// COSIMA BARÓN

ist Mitarbeiterin des Europäischen Parlaments, Verbindungsbüro, München.



### /// DR. RENKE DECKARM

ist Stellvertretender Leiter und Pressesprecher der Europäischen Kommission, Regionalvertretung, München.



### /// JOHANNES VORBACH

ist Mitarbeiter der Europäischen Kommission, Regionalvertretung, München.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> <https://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2021/jugendforum.php>, Stand: 29.9.2021.

<sup>2</sup> <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/blicknach-europa/17062021-arbeitstreffen-zukunfts-konferenz/>, Stand: 30.9.2021.

<sup>3</sup> Eine Befragung im Ausschuss für Europa und Internationales des baden-württembergischen Landtags fand am 29. September 2021 statt. Eine Aufzeichnung der Befragung ist auf der Internetseite des Landtags zu finden: <https://www.landtag-bw.de/home/mediathek.html>, Stand: 30.9.2021.

<sup>4</sup> Die Beispiele stammen von folgender Internetseite: <https://futureu.europa.eu/meetings>, Stand: 30.9.2021.

/// Im grünen Bereich ...

## SMART CITY UND KLIMASCHUTZ

**SIEGFRIED BALLEIS** /// Der Begriff „Smart City“ wird von vielen auf die technische Dimension der Digitalisierung reduziert. Tatsächlich aber birgt das Smart City-Konzept auch ungeahnte Dimensionen hinsichtlich der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

**Die Klimakonferenz 2015 von Paris**  
Erkenntnisse über den Klimawandel liegen schon lange vor, und im Dezember 2015 haben die Regierungschefs der Welt auf der Klimakonferenz von Paris (COP21) ehrgeizige Ziele im Kampf gegen den Klimawandel beschlossen. Die Erderwärmung soll deutlich unter 2°C liegen und der Temperaturanstieg durch weitere Maßnahmen auf 1,5°C begrenzt werden. Außerdem sollen die Länder bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt werden.

Das Übereinkommen von Paris ist die erste umfassende und rechtsver-

bindliche weltweite Klimaschutzvereinbarung. Voraussetzung für das Inkrafttreten war, dass mindestens 55 Länder, die für mindestens 55 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind, ihre Ratifikationsurkunden hinterlegen. Weiterhin wurde die Notwendigkeit anerkannt, sobald wie möglich den weltweiten Scheitelpunkt der Emissionen zu erreichen, wobei den Entwicklungsländern hierfür mehr Zeit eingeräumt wird. Man einigte sich darauf, mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen rasche Emissionssenkungen herbeizuführen. Dafür haben die



Tiere“ durch Gesetz und Recht zu schützen habe. Seit 1994 ist damit Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz festgeschrieben.

Der Beschluss hat das Staatsziel außerordentlich aufgewertet. Klimaschutz muss demnach vom Gesetzgeber so konkret gestaltet und gefasst sein, dass auch die Nachgeborenen ihre freiheitlichen Grundrechte in der Zukunft ausüben können. Die zentrale Passage aus dem Urteil lautet: „Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dem steht neben den grundrechtlichen Schutzpflichten vor allem das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG entgegen, welches die Gesetzgebung – verfassungsrechtlich maßgeblich – durch das Ziel kon-

Menschen kommt und mit Blick auf das neue europäische Klimaziel 2030, hat die Bundesregierung 2021 ein deutlich verschärftes Klimaschutzgesetz vorgelegt und verabschiedet. Die Zielvorgaben für weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden angehoben: Das Minderungsziel für 2030 steigt um 10 Prozentpunkte auf mindestens 65 Prozent. Deutschland muss also bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Dies wird sich vor allem auf die Energiewirtschaft, die Industrie, den Verkehrssektor, den Gebäudereich und die Landwirtschaft auswirken.

Der Bundestag hat auch festgelegt, dass die Klimaziele kontinuierlich per Monitoring überprüft werden sollen. Ein Expertenrat für Klimafragen wird daher ab 2022 alle zwei Jahre ein Gutachten zur Überprüfung der erreichten Ziele, Maßnahmen und Trends vorlegen. Sollten die Vorgaben nicht eingehalten werden, verpflichtet sich die Bundesregierung, umgehend nachzusteuern.<sup>3</sup> Die Handlungsfelder liegen dabei insbesondere beim Ausbau der regenerativen Energien im Bereich Sonne, Wind und Biogas, aber auch bei Energieeinsparungen im Mobilitäts- und Gebäudesektor. Das bringt Herausforderungen mit sich, bei denen die Digitalisierung helfen kann.

### **Klimaschutz muss in Verantwortung auf die NACHFOLGENDEN Generationen erfolgen.**

cretisiert hat, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.“<sup>2</sup>

### **Verschärfung des Klimaschutzgesetzes**

Unmittelbar nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der den Staat verpflichtet, aktiv vorzubeugen, so dass es in Zukunft nicht zu unverhältnismäßigen Einschränkungen der Freiheitsgrundrechte der heute jüngeren

### **Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen von 2015**

Das Konzept von Smart City kann auch aus den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen abgeleitet werden, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 beschlossen hat. Insbesondere das Ziel Nummer 11, „Nachhaltige Städte und Gemeinden“, ist relevant. Viele Menschen suchen in den Städten Bildungs-

Länder umfassende nationale Aktionspläne für die Reduzierung ihrer Emissionen vorgelegt.<sup>1</sup> Zu den fast 190 Vertragsparteien zählen auch die EU-Mitgliedsstaaten. Die EU hat das Übereinkommen am 5. Oktober 2016 formell ratifiziert und am 4. November 2016 trat es in Kraft.

Zieht man heute Bilanz, muss man feststellen, dass wir seitdem jedoch kaum vorangekommen sind. Entweder waren sich die Regierungschefs bei der Klimakonferenz 2015 in Paris nicht be-

wusst, mit welch weitreichenden Konsequenzen diese Beschlüsse verbunden sind, oder sie haben versäumt, entgegen den Ankündigungen, die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele zu beschließen.

### **Das Bundesverfassungsgericht und der Klimaschutz**

Spätestens mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 zum Klimaschutzgesetz des Deutschen Bundestages, das zur Folge hatte, wesentlich früher die Klimaschutzziele erreichen zu müssen, ist deutlich geworden, dass wir den Kampf gegen den Klimawandel massiv beschleunigen müssen. Das Bundesverfassungsgericht bezieht sich in seinem Urteil auf den Artikel 20a des Grundgesetzes, der festlegt, dass der Staat „in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die

### **Die Klimakonferenz von Paris hat rechtsverbindliche ZIELE im Kampf gegen den Klimawandel festgelegt.**



Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

und Berufschancen sowie eine höhere Lebensqualität. Die fortschreitende Urbanisierung führt aber zu einem hohen Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Städte und Gemeinden müssen sich zunehmend mit Klimawandel, Ressourcenknappheit, wachsender Mobilität und Abfallerzeugung beschäftigen.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist eine Stadtentwicklung erforderlich, bei der die ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Städten und Gemeinden gemeinschaftlich gelöst werden. Ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Städte ist die Verbesserung der Luft. So hat beispielsweise die Bundesregierung 2017 bis 2020 mit Hilfe des Sofortprogramms Saubere Luft den von Stickoxidüberschreitungen betroffenen Kommunen 2 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zur Verfügung gestellt. Dafür wurden kommunale Verkehrssysteme digitalisiert, Taxis, Mietwagen, Car Sharing-Fahrzeuge und Busflotten im ÖPV elektrifiziert, der Fahrradver-

kehr gefördert sowie die Ladeinfrastruktur ausgebaut.<sup>4</sup>

#### Das Konzept von Smart City

Die Grundidee von Smart City besteht darin, die Kommunen funktionsfähig zu erhalten und durch den Einsatz von Technik effizienter und nachhaltiger zu machen. Das Hauptziel ist die Nachhaltigkeit, die Digitalisierung dabei nur Mittel zum Zweck. Eine Rolle spielt hier sicher auch die in Deutschland und Europa vorherrschende Datensouveränität. Man will die Lebensqualität, die Umwelt, das Klima und unsere Ressourcen bewahren, aber eben auch die Gewährleistung eines hohen Maßes an Sicherheit haben. Wenn immer mehr interoperable Techniken eingeführt werden und im Rahmen der Digitalisierung immer stärker Künstliche Intelligenz zum Einsatz kommt, wollen wir selbstbestimmt über den Umgang mit unseren Daten entscheiden und darüber informiert werden, wann und wie technische Systeme über diese urteilen und bestimmen. Die Autorin Chirine Etezadzadeh hat diese Ziel-

setzung klar herausgestellt und deutlich gemacht, dass die Digitalisierung dabei nur ein dienendes Instrument sein darf.<sup>5</sup>

#### Das Smart City-Konzept in der Energiewirtschaft

In der Vergangenheit war die Energieversorgung von einer zentralen Steuerung geprägt, das heißt der Strom wurde von Großkraftwerken zum Verbraucher transportiert. Mit dem Einstieg Deutschlands in die Energiewende verlagerte sich die Stromerzeugung immer mehr in die Verteilnetze zu dezentralen und volatilen Erzeugungsanlagen. Um hier jederzeit eine Stromversorgung si-

ist, ist es eine große Herausforderung für die Stadtwerke, die Digitalisierung konsequent umzusetzen und als digitales Energieversorgungsunternehmen mit Echtzeitdaten und einer eigenen Cloud die Energieflüsse zu den Haushalten, den Unternehmen und zum Stromnetz zu steuern. Aber durch den Ausbau der regenerativen Energien erreicht man auch die Dekarbonisierung der Energieerzeugung.

#### Das Smart City-Konzept in der Ver- und Entsorgungswirtschaft

Die Wasserversorgung war und ist eine elementare Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit von Städten. Wasser wird aber eine zunehmend knappe Ressource, mit der deshalb sparsam und effizient umgegangen werden sollte. Mit dem Smart City-Konzept kann man zum Beispiel Verluste im Wasserversorgungssystem aufspüren und zukünftig vermeiden.

Auch bei der Entsorgung bietet das Smart City-Konzept Ansätze für Nachhaltigkeit, so zum Beispiel ein intelligentes Ressourcenmanagementsystem, das mit einer besseren Sortier- und Verwertungsqualität auf eine Kreislaufwirtschaft hin konzipiert ist. Ein digitales Waste Management-System kann mit Hilfe digitaler Techniken Ressourcen bei Arbeitszeit und Energieeinsatz einsparen, zum Beispiel, indem die Füllstände von Abfalltonnen geprüft werden und Leerungen vorgenommen werden, wenn sie erforderlich sind. Auch Baustellen lassen sich mit digitalen Instrumenten effizient organisieren.

#### Das Smart City-Konzept in der Gebäude-, Bau- und Wohnungswirtschaft

Die Wiederverwertbarkeit von Gebäuden und deren einzelnen Komponenten hat für die Kreislaufwirtschaft eine

#### Der DATENSCHUTZ schränkt die Digitalisierung ein.

herzustellen, ist der Ausbau von Smart Grids und der Einbau von Stromspeichern unerlässlich. Dafür braucht es Informations- und Kommunikationstechnik. Die Energieversorger müssen daher auch Infrastrukturpartner werden, was wiederum eine große Chance für die kommunalen Unternehmen darstellt. So werden die Stadtwerke immer mehr zu einem elementaren Partner der lokalen Gestaltung. Über die Energieversorgung, den öffentlichen Nahverkehr, die kommunalen Gebäude sowie die öffentlichen Wege und Plätze erhalten sie mehr Gestaltungsspielraum für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik.

Da die Erzeugung regenerativer Energie aus Windkraft und Sonne sehr volatil

zentrale Bedeutung. Bislang wird vor der Neubebauung der Bestand überwiegend abgerissen und bestenfalls werden einzelne Komponenten beispielsweise im Straßenbau wiederverwendet. Der „Cradle to cradle-Ansatz“ hingegen verfolgt ein fundamentales Recycling-Konzept. Entsprechend den Prinzipien des „Circular Engineering“ und der Digitalisierung wird ein Urban Mining-Kataster erstellt, welches Informationen über die Gebäudebestandteile dokumentiert. Hilfreich ist auch die Bauwerksdatenmodellierung (Building Information Modelling, BIM), die den Planungsabläufen und der Bewirtschaftung dient. Im Fall einer Neubebauung liegen dann genaue Daten des verbauten Materials vor, was eine Wiederverwertung der vorhandenen Ressourcen erleichtert.<sup>6</sup>

Einen energieoptimierten Stadtteil im Süden Erlangens stellt Professor Mike de Saldanha in seinem Buch „Smart Bauen“ vor. In den dortigen optimierten Niedrigstenergiegebäuden werden die Verbraucher energetisch und digital verknüpft. Wärme, Strom und Kälte werden in einer modularen Energiezentrale erzeugt und über ein quartiereigenes Nahwärmenetz und Niederspannungsnetz verteilt. Der mit Photovoltaik-Anlagen auf allen Dächern erzeugte Strom wird mit einem außerordentlich hohen Anteil im Quartier selbst verbraucht. Hinzu kommt ein Erdsondenfeld, das

Die **KREISLAUFWIRTSCHAFT** spielt im **Smart City-Konzept** eine große Rolle.

über Pumpen Wärme und regenerative Kälte zur Verfügung stellt.<sup>7</sup>

### Das Smart City-Konzept bei der Mobilität

Industrie und Gebäudewirtschaft haben zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bereits seit Beginn der 1990er-Jahre große Beiträge geleistet. Beim Verkehr hingegen sind bisher noch kaum Fortschritte zu erkennen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat sich sogar erhöht. Der Mobilitätssektor hat somit noch eine große Bringeschuld. Es genügt nicht, einzelne Sektoren zu dekarbonisieren, sondern man muss auch mit Hilfe der Digitalisierung multimodale Mobilitätsplattformen generieren.

Der Fahrgast braucht Transparenz: Er muss wissen, wann er von seinem Ausgangspunkt mit dem Fahrrad zum Bahnhof losfahren muss, wo er dieses dort abstellen kann, mit welcher Bahn er dann zu seinem Zielort, inklusive aller Umsteigeprozesse, gelangen kann, welche Verbindungen und Transportmittel ihm für die „letzte Meile“ zur Verfügung stehen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat sich in dieser Frage mit dem Projekt Mobility Inside als zentraler Game Changer etabliert. Er beabsichtigt, jedes lokale Verkehrsunternehmen und jeden Verkehrsverbund als Integrator für multimodale Reiseangebote zu gewinnen, was nur durch eine weitestgehend digitale Transformation des ÖPNV geschehen kann.<sup>8</sup>

Gerade im Bereich der Mobilität gibt es viele Möglichkeiten zur Nachhaltigkeit mittels Digitalisierung. So können mit Smart Parking freie Parkplätze angezeigt werden und dynamische Parkleitsysteme dem Fahrer helfen, umweltschädliche Fahrten zu vermeiden. Nut-

zungsabhängige Beleuchtungssysteme an Straßen und Radwegen, die sich nur bei Bedarf aktivieren, helfen Strom zu sparen und die „Lichtverschmutzung“ zu reduzieren. Ein Ausbau des Radverkehrs vermindert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und hat auch gesundheitsfördernde Auswirkungen. Modelle wie Car Sharing und Car Pooling, also die Nutzung von Mitfahrmöglichkeiten, dienen der Nachhaltigkeit. Auf den frei werdenden Stellflächen für PKWs können Bäume zur Verbesserung des Mikroklimas gepflanzt werden.

Im Bereich **MOBILITÄT** gibt es mittels **Digitalisierung** viele Möglichkeiten zur **Nachhaltigkeit**.

Auch im Bereich der City Logistik können klimaschonende Innovationen zum Einsatz kommen. Der in Folge des zunehmenden Internethandels angestiegene Versand bzw. die Auslieferung könnte auch klimaschonend über Abholstationen, mittels Lastenrädern oder zukünftig auch via Drohnen erfolgen.

All diese Vorschläge und Ideen zur Nachhaltigkeit kann man heute schon mit sehr intelligenten Tools simulieren und daraus auch konkrete politische Konsequenzen ableiten, wie nachfolgende Beispiele zeigen:

- ansvar<sup>9</sup> (Verantwortung) hat einen schwedischen Namen, kommt aber aus dem Ruhrgebiet. Die Firma baut einen digitalen Zwilling mit allen Emissionsdaten und Infrastrukturdaten einer Stadt bzw. einer Region

auf, um die Klimaneutralität bis 2030 als Ergänzung zur EU-Mission „100 intelligente und klimaneutrale Städte in Europa bis 2030“ möglich zu machen. Hierbei nutzt ansvar ein Betriebssystem der Energiewende eines Schweizer Unternehmens, welches auch die Software für die Stromnetzplanung und die Kommunalplattformen zweier deutscher Energiekonzerne bereitstellt. Es lassen sich damit Szenarien abbilden und prüfen, zu der Frage, mit welchen Maßnahmen, finanziellem Einsatz und Technologien die jeweiligen Klimaziele erreichbar werden.

- climateview.global<sup>10</sup> ist ein schwedisches Tech Startup, welches digitales, datengetriebenes Projektmanagement zur strukturierten, beschleunigten Transformation für Städte anbietet. Hier wird ein Prozessmodell, mit dem eine Stadt die Dekarbonisierung aller Sektoren managen kann, mit statistischen Daten befüllt.
- Sechs Institute der Fraunhofer Gesellschaft<sup>11</sup> arbeiten bis 2025 gemeinsam daran, die Technologie zur Simulation und Planung der Sektorenkopplung zu optimieren und automatisieren. Ziel ist es, Open Source-Lösungen zu liefern, mit denen Berechnungen, Prognosen und Simulationen noch präziser werden. Diese Grundlagenforschung wird mit 7,5 Millionen Euro vom Bund gefördert.

Diese Beispiele zeigen, wie wichtig ein digitales Abbild der Realität einer Stadt für die Dekarbonisierung ist. Kein Mensch ist in der Lage, die Transformation in ihrer gesamten Komplexität zu überblicken. Zudem arbeiten hunderte von Firmen und tausende Menschen daran, und brauchen eine Plattform für die

## Simulationen mit intelligenten Tools **HELFEN** bei der Realisierung des Smart City-Konzeptes.

gemeinsame Verständigung, wo alle Daten, Fakten, Erkenntnisse und Analysen zusammenlaufen und auf deren Basis dann auch politische Entscheidungen getroffen werden können.

Felix Rodenjohann, der Gründer und CEO von ansvar2030 und Mitglied des Vorstands der KlimaUnion, hat es so auf den Punkt gebracht: „Weil mehr als 70 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit in Städten entstehen, liegt dort der entscheidende Hebel zur Lösung der Klimakrise. Wenn wir es schaffen, dass ähnlich wie beim Corona-Impfstoff die verschiedenen Marktteilnehmer, wissenschaftlichen Institutionen, Privatwirtschaft und Staat zusammenarbeiten, dann können die digitalen Planungs- und Steuerungsinstrumente einen entscheidenden Beitrag zur Zielerreichung beitragen. Und nebenbei machen sie den Prozess für Bürgerinnen und Bürger transparent – und sorgen so für einen besseren Zusammenhalt zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.“

### Fazit

Das Smart City-Konzept kann in den Sektoren Energiewirtschaft, Gebäude und Mobilität außerordentlich wichtige Beiträge zur Nachhaltigkeit leisten. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine konsequente Digitalisierung und die Interoperabilität der erhobenen und verwendeten Daten. Das Smart City-Kon-

zept ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir das Leben in unseren Städten effizienter und ressourcenschonender gestalten und gleichzeitig unsere Städte resilienter für die Herausforderungen des Klimawandels machen. ///



Foto: Glasow

**/// PROF. DR. SIEGFRIED BALLEIS**  
ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbundes der FAU-Erlangen/Nürnberg sowie Honorarprofessor am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> [https://ec.europa.eu/clima/eu-action/international-action-climate-change/climate-negotiations/paris-agreement\\_de](https://ec.europa.eu/clima/eu-action/international-action-climate-change/climate-negotiations/paris-agreement_de), Stand: 30.10.2021.

<sup>2</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wissen/highlights-des-klimaschutz-urteils-im-namen-der-freiheit-17324315.html>.

<sup>3</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>

<sup>4</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-un-nachhaltigkeitsziele-1553514>

<sup>5</sup> Etezadzadeh, Chirine (Hrsg.): Smart City – made in Germany. Die Smart-City-Bewegung als Treiber einer gesellschaftlichen Transformation, Wiesbaden 2020, S. 4 ff.

<sup>6</sup> Cradle-to-cradle-inspirierte Smart City, in: Smart City – made in Germany, Die Smart-City-Bewegung als Treiber einer gesellschaftlichen Transformation, hrsg. von Chirine Etezadzadeh, Wiesbaden 2020.

<sup>7</sup> Saldanha de, Mike: Smart Bauen - Architektonische und technische Strategien für energieoptimierte Gebäude, Quartiere und Städte, München 2021.

<sup>8</sup> Ackermann, Till: Mobility inside: Der öffentliche Verkehr als Basis für Smart Cities, in: Smart City – made in Germany, Die Smart-City-Bewegung, hrsg. von Chirine Etezadzadeh, Wiesbaden 2020.

<sup>9</sup> [www.ansvar.com](http://www.ansvar.com)

<sup>10</sup> <https://www.climateview.global>

<sup>11</sup> <https://www.ieg.fraunhofer.de/de/presse/pressemitteilungen/odh-juelich.html>

/// Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

## DIE BEDEUTUNG VON SOZIALPOLITIK

**THOMAS HUBER** /// Um unseren Sozialstaat jetzt zukunftsfest zu machen, gilt es, aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie zu lernen und auf Basis einer eingehenden Analyse die richtigen sozialpolitischen Lehren zu ziehen und entsprechende Maßnahmen auf den verschiedenen Handlungsfeldern zu ergreifen.

Die Corona-Pandemie stellt alle Bereiche unserer Gesellschaft vor enorme Herausforderungen, die oft sehr schnell bewältigt werden müssen. Das gilt besonders für die Familien-, Arbeits- und Sozialpolitik. Um die Folgen von Corona abzufedern, haben Freistaat und Bund umfangreiche Sozialschutz-Pakete geschnürt. Sie reichen vom vereinfachten Zugang zur Grundsicherung über den Erhalt sozialer Infrastruktur wie Werkstätten für

Menschen mit Behinderungen bis zu einem Zuschuss für digitale Endgeräte an Kinder aus hilfebedürftigen Familien. Darüber hinaus werden Kinder und Jugendliche mit einem schulischen und außerschulischen Konzept auch nach Corona weiter unterstützt.

Der bayerische Sozialhaushalt 2021 überstieg erstmals die sieben Milliarden, um zu verhindern, dass es durch Corona zu stärkeren sozialen Verwer-



Die Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Das Thema Impfung hat anhaltend zu öffentlichen Debatten und Spannungen in der Gesellschaft geführt.

fungen kommt. Der Einsatz von Steuergeldern kann aber nur einen Teil der Probleme lösen. Um den durch Corona aufgeweichten gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, bedarf es einer vernetzten Politik, die Wirtschaft, Umwelt, Soziales und die Generationenzusammenarbeit bis hin zur Stärkung unserer Demokratie mit einbezieht.

**Der durch Corona gefährdete gesellschaftliche Zusammenhalt muss wieder **GESTÄRKT** werden.**

### Kinder, Jugendliche und Familien

Zu den einschneidendsten Corona-Maßnahmen gehörten die Kontaktbeschränkungen. Unter ihnen litten sehr viele Menschen, insbesondere Pflegebedürftige und deren Angehörige sowie Kinder und Jugendliche. Vormittags Distanzunterricht, mittags Online Games, nebenher etwas posten, für die Hausaufgaben wieder an den Bildschirm, aber keine oder nur sehr eingeschränkte persönliche Kontakte mit Freunden. Das war lange Zeit für unsere Kinder und Jugendlichen der als eintönig und psychisch belastend empfundene Alltag.<sup>1</sup> Diese Sorgen müssen wir sehr ernst nehmen und uns nach Corona stärker um Antworten auf die Frage, wie wollen wir, dass unsere Kinder in Zukunft leben, bemühen.

### Ausbau der Betreuung und Beratung

Weil viele Kinder und Jugendliche nicht erst seit der Corona-Pandemie oft allein zu Hause sind, brauchen wir den Ausbau niedrigschwelliger Beratungsinfrastruktur. Dazu gehören die Erziehungsberatungsstellen und Fachkräfte-Teams in der Kinder- und Jugendhilfe. Auch die Betreuung von Schulkindern wird immer wichtiger. Deshalb setzen wir gemeinsam mit dem Bund den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulalter um und unterstützen die Kommunen auch finanziell.<sup>2</sup>

Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass alle Schüler problemlos am Distanzunterricht teilnehmen können. Um die Bildungsgerechtigkeit weiter zu erhöhen, ist es unter anderem unerlässlich, dass alle Kinder aus ärmeren Haushalten mit W-LAN und digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Denn gera-

### Kinder und Jugendliche brauchen Beratung und **UNTERSTÜTZUNG**.

de sie hatten mangels geeigneter Ausstattung erheblich größere Schwierigkeiten im Distanzunterricht. Sie dürfen dadurch nicht abgehängt werden.

### Familien stärker in den Fokus rücken

Mit die größten Leistungen während Corona haben unsere Familien erbracht: „Rund um die Uhr“-Betreuung der Kinder, Einrichtung „digitaler Klassenzim-

mer“, Einkauf für die Großeltern und „nebenbei“ musste mindestens ein Elternteil noch im Home Office die Herausforderungen im Job meistern. Bei allen künftigen Maßnahmen müssen wir daher auch die Familien im Blick haben und ganzheitlich betrachten.

Da viele Familien durch Corona in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sind, wurden auf Bundesebene schnell die Corona-Sonderregelung beim Elterngeld und die Ausweitung des Kinderzuschlags auf den Weg gebracht. Bayern leistet zusätzliche Unterstützung für Familien, etwa durch Entlastung bei den Kosten für Kinderbetreuung während der Zeit der Schließungen oder mit dem bayerischen Familiengeld, das auch während der Pandemie unverändert weiterlief. Jetzt gilt es, die Entwicklung in unseren Familien genau zu beobachten und nach Bedarf weitere Unterstützungsmaßnahmen zu beschließen. Wichtig ist, das komplexe Hilfeleistungssystem für Familien auf Prävention auszurichten und dabei im Sinne einer Familie zu denken und zu handeln.

### Pflegebereich Ältere

Schon zu Beginn der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass das Risiko für einen sehr schweren oder gar tödlichen Verlauf mit dem Alter stark zunimmt. Das spiegelte sich auch in den Pflegeheimen wider. Obwohl mittlerweile alle Bewohner sowie ein Großteil der Beschäftigten in Pflegeheimen dreimal geimpft sind, stellt sie Corona weiterhin vor große Herausforderungen. Dazu gehören auch die Kontaktbeschränkungen, unter denen Pflegebedürftige und deren Angehörige besonders zu leiden hatten und haben. Die meisten Einrichtungen verfügen nicht über sichere Räu-

### Ältere und Pflegeheimrichtungen haben ein höheres Risiko zu tragen und brauchen daher **SCHUTZ**.

me, in denen sich Pflegebedürftige und deren Angehörige während einer Pandemie treffen können. Daher sollte in jedem Pflegeheim ein solcher geschaffen werden.<sup>3</sup>

#### **Menschen mit Behinderung**

Auch Menschen mit Behinderung sind von der Pandemie besonders betroffen. Gehörlose können wegen der Masken keine Lippen lesen, geistig Beeinträchtigte haben Probleme mit dem Verständnis für die Maßnahmen, andere sind aufgrund von Begleiterkrankungen besonders gefährdet oder können aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen.

Auch Behinderteneinrichtungen hatten aus unterschiedlichen Gründen teils große Probleme mit der Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen. Mittlerweile wurden für viele der Probleme Lösungen gefunden, leider oftmals aber erst im Nachhinein. Deshalb müssen in Zukunft die Belange der Menschen mit Behinderung grundsätzlich bei allen Maßnahmen mehr ins Zentrum gerückt und auf alle Aspekte des Lebens geachtet werden.

#### **Berufsbereich Pflege**

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Bayern wird bis 2050 von aktuell 500.000 auf 880.000 ansteigen. Das bedeutet, dass auch der Bedarf an Pflegepersonal weiter stark zunehmen wird.

Man geht von einem zusätzlichen Bedarf von 62.000 Vollzeit-Pflegekräften und 7.500 Pflegefachpersonen bis 2050 aus. Um einen drohenden Pflegenotstand zu vermeiden, müssen wir die Attraktivität von Pflegeberufen weiter erhöhen. Das beginnt bei einer modernen Ausbildung und besserer Vergütung und reicht über einen attraktiven Arbeitsplatz bis hin zu einem höheren Ansehen und sozialen Status dieser Berufe.

Im Fokus muss jetzt aber eine bessere Entlohnung für alle Pflegekräfte stehen. Die Basis dafür ist die nun beschlossene Einführung flächendeckender Tarifverträge, mit denen die Vergütung kontinuierlich nach oben gehen kann. Um die Pflegekräfte zu entlasten, muss aber auch der Personalschlüssel deutlich verbessert werden. Darüber hinaus muss für die Pflegekräfte aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Dazu gehört die Schaffung von günstigem Wohnraum, besonders in Ballungsgebieten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Durchsetzung von Steuererleichterungen.

#### **Wohnraum**

Im vergangenen Jahr konnte die älteste Sozialsiedlung der Welt, die Fuggerei in Augsburg, ihr 500-jähriges Jubiläum feiern. Ein Hauptgrund dafür, dass sie bis heute besteht, ist ihr niedriger Mietpreis. Die Jahreskaltmiete plus Nebenkosten beträgt nach heutiger Währung 88 Cent. Im Gegensatz dazu sind die Mieten in Bayern allein von 2014 bis 2019 durchschnittlich um 22 Prozent gestiegen, in Oberbayern sogar um 28 Prozent. Das bedeutet: Viele können sich das Wohnen kaum mehr leisten. Das betrifft Menschen mit geringerem Einkommen, aber angesichts der hohen Mietpreise wie zum Beispiel im Bal-

lungsraum München auch Menschen mit gutem Einkommen und sogar Doppelverdiener. Nicht selten wird die Hälfte des Einkommens oder mehr für die Miete ausgegeben.

Wir müssen deshalb mit Nachdruck das Ziel verfolgen, mehr Menschen zu Wohneigentum zu verhelfen. Da es keine Eigenheim-Zulage mehr gibt, brauchen wir neue Modelle zur Schaffung von Wohneigentum. Das noch relativ junge Baukindergeld ist ein guter Ansatz, der weiterverfolgt werden sollte. Auch die vor Kurzem erfolgte Reform der Bayerischen Bauordnung ist sinnvoll, um Nachverdichtungen zu ermöglichen. Außerdem müssen die einkommensorientierte Förderung für Wohnraum erweitert und mehr soziale Bauprogramme aufgelegt werden.

### Wohnraum wird zunehmend **UNBEZAHLBAR**.

Ein Sonderprogramm für stark belastete Kommunen, die Anpassung der Landesplanung an den erhöhten Wohnbedarf, die Mobilisierung von Bauland sowie die Förderung von Wohnungsbau inklusive von Betriebswohnungsbau sowie die Streichung der Grunderwerbssteuer für die selbstgenutzte Immobilie junger Familien sind dabei hilfreich.

Auch nach dem Ende der Corona-Pandemie wird sich der Trend zum Home Office fortsetzen, womit auch der Bedarf an größeren Wohnungen weiter steigt. Das bedeutet wiederum höhere

Kaufpreise und Mieten für Wohnungen und Häuser, auch im Umland. Der Druck auf den Wohnungsmarkt im Umland der bayerischen (Groß-)Städte ist schon bemerkbar. Vermehrt Home Office würde viele berufsbedingte Fahrten überflüssig machen und so auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

#### **Soziale Träger**

Die vielen kleineren und größeren sozialen Träger und Vereine sind die Säulen unseres Sozialsystems. Deshalb ist es besorgniserregend, dass ihnen durch die Corona-Pandemie Mitgliedsbeiträge und Spenden wegbrechen. Da viele von ihnen ihre Leistungen über unterschiedliche Kostenträger finanzieren und gleichzeitig höhere Kosten durch Infektionsschutzmaßnahmen haben, stehen sie vor enormen finanziellen Herausforderungen.

Der Paritätische Gesamtverband hat in einer Studie darauf hingewiesen, dass diese Mischfinanzierung in der Pandemie zum Teil katastrophale Folgen haben kann, weil es häufig keine abgestimmte Vorgehensweise der Kostenträger, sondern vielmehr einen sehr unterschiedlichen Umgang der Geldgeber mit der Krise gibt. Eine Lehre aus der Pandemie sollte deshalb die stabile Finanzierung Sozialer Arbeit sein. Wird ein Projekt über mehrere Geldgeber finanziert, darf das Zusammenfügen der Geldleistungen nicht Aufgabe des durchführenden Trägers sein.<sup>4</sup>

Ein bis heute unbefriedigend gelöstes Beispiel für dieses Problem ist das Jugendwohnen für Blockschüler. In den ersten Monaten der Corona-Pandemie hatten die Jugendwohnheime deutlich weniger Einnahmen, gleichzeitig stiegen die Kosten durch den entsprechend angepassten Wohnheimbetrieb wie zum

Beispiel Einzelbelegung von Mehrbettzimmern und zusätzlich notwendige Hygienemaßnahmen. Kommunen und Kultusministerium schoben sich die unklare Zuständigkeit zu Lasten der Jugendwohnheime gegenseitig zu. Mit einer eindeutigeren Regelung der Zuständigkeit zur Refinanzierung von sozialen Trägern in Krisen hätte man hier viel unnötigen Abstimmungsaufwand und Ärger vermeiden können.

**Die FINANZIERUNG sozialer Träger muss klar definiert und auch in Krisen gesichert sein.**

### Freiwilligendienste

Die Bedeutung des Engagements von Freiwilligen für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Deshalb sollte es noch stärker honoriert und anerkannt werden, vor allem durch noch attraktivere Rahmenbedingungen. Um den Zusammenhalt zu stärken, sollte es allen Bürgern noch besser ermöglicht werden, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen. Dadurch können viele junge Menschen auch frühzeitig an einen pflegerischen oder sozialen Beruf herangeführt werden. Viele Freiwillige bleiben zum Beispiel nach ihrem Freiwilligen Sozialen Jahr (FJS) bei „ihrer“ Dienststelle. Das kann zur Fachkräftegewinnung im sozialen Bereich beitragen.

Entscheidend ist, dass den Freiwilligen die Wertschätzung und Anerkennung entgegengebracht werden, die sie

verdienen. Ihr Einsatz könnte etwa bei praktischen Zeiten in Ausbildung und Studium sowie bei Wartesemestern für Studienplätze, aber auch bei der Rente berücksichtigt werden. Auch die Verbesserung der finanziellen Unterstützung für Freiwillige und Hilfsdienste sollte überprüft werden. Menschen mit Behinderung muss der Zugang und die Durchführung eines Freiwilligendienstes erleichtert werden.

Außerdem sollte man auch Pro und Contra eines sozialen Dienstjahres als Gesellschafts-Bürgerjahr für alle diskutieren. Laut Umfragen würde die Mehrheit in Deutschland diesen sozialen Dienst begrüßen. Es würde neue Perspektiven und die Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit bringen, das Demokratiebewusstsein stärken und könnte neue Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt mit sich bringen.

### Arbeitsmarkt

Seit 2019 ist laut eines Berichts der Bundesagentur für Arbeit vom Juli 2021<sup>5</sup> die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 12 Prozent auf 817.000 gestiegen. Und sie wird voraussichtlich weiter steigen, denn die Dauerarbeitslosigkeit wird nach der Krise nicht einfach wieder verschwinden. Auf dem Arbeitsmarkt und speziell bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit kommt es auf eine ganzheitliche Betreuung und Förderung an.<sup>6</sup> Dafür brauchen wir Ressourcen bei den Arbeitsagenturen, aber auch bei Jugendämtern und anderen Stellen. Für diese Betreuung sollten wir zielgerichtet mehr Mittel einsetzen und nicht für einen großen sogenannten sozialen Arbeitsmarkt, der den Menschen zwar zeitweise einen Arbeitseinsatz ermöglicht, aber viel zu oft nicht zu einer dauerhaften Beschäftigung führt.

Auch die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt massiv. Um die Menschen fit für die Arbeitswelt der Zukunft zu machen, ist die berufliche Weiterbildung das Erfolgsrezept. Bayern investiert in Weiterbildung und Qualifizierung, etwa mit dem „Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0“. Die bestehenden Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten sind gut, können aber noch ausgebaut werden. Wichtig ist, dass niemand abgehängt wird und bei allen Veränderungsprozessen die soziale Sicherheit nicht verloren geht.

### Wirtschaft

Die Basis für unseren hohen Wohlstand, unser hohes soziales Niveau und nicht zuletzt unseren hohen Beschäftigungsstand ist und bleibt unsere Wirtschaft. Besonders Mittelstand und Handwerk sind für unser Sozialsystem sehr wichtig, weil in ihnen 57 Prozent aller Beschäftigten tätig sind. Deshalb ist es erfreulich, dass unsere Wirtschaft Corona schneller überwinden wird, als noch vor nicht allzu langer Zeit befürchtet. Dennoch kämpfen noch immer viele mittelständische Unternehmen mit den Folgen, darunter viele Einzelhändler. Um sie zu stärken und die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten, brauchen sie klare Perspektiven. Dazu gehört vor allem, dass weitere steuerliche Belastungen und bürokratische Regulierungen vermieden werden.

Damit Unternehmen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen können, müsste die Unternehmenssteuerlast auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gesenkt werden. Angesichts eines immer härteren globalen Wettbewerbs braucht unsere Wirtschaft dringend mehr Luft für Zukunftsinvestitionen. Auch nach der Corona-Pandemie

gilt: Soziale Sicherheit sollte erarbeitet werden. Und nur eine innovative und starke Volkswirtschaft garantiert einen starken Sozialstaat.

**Eine STABILE Wirtschaft ist wichtig für das Sozialsystem.**

### Energiewende

Die Energie- und Klimawende sollte auch aus Sicht der Betroffenen betrachtet und Freiräume für die geschaffen werden, die zu ihrem Gelingen beitragen können. Hier spielen auch gesellschaftliche Aspekte eine entscheidende Rolle. Die zentrale Frage ist, wie wir zukünftig leben wollen und dabei alle Generationen mitnehmen können und wie wir die großen und notwendigen Veränderungen mit der nötigen Geschwindigkeit und Ernsthaftigkeit umsetzen können. Dafür braucht es Innovationen, die neue Perspektiven aufzeigen und neue Arbeitsplätze schaffen.

### Demokratie

Gesellschaftlicher Zusammenhalt benötigt neben gelebter Demokratie auch Respekt vor den Mitmenschen sowie eine lebendige Diskussionskultur. Nur so schaffen wir es, Kompromisse zu finden und das Beste für unsere Gesellschaft zu erreichen. Die Pandemie hat gezeigt, dass aber oft einseitig, ideologisch und dann leider auch radikal argumentiert wird. Auf lokaler Ebene kann die Diskussionskultur auf der Basis von Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung statt-

finden wie zum Beispiel eine Abstimmung über die Errichtung von Windrädern im Ebersberger Forst. Unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ müssen wir noch mehr auf Regionalität setzen. Auch das hat uns Corona gelehrt.



**/// THOMAS HUBER MBA, MDL**  
ist Sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und Vorsitzender der CSU-Familienkommission, München.

Die in der Demokratie verankerte **DISKUSSIONSKULTUR** kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

### Mensch und Gesellschaft

Die Kernfrage, die wir uns immer wieder aufs Neue stellen müssen, lautet: „Was hilft dem Menschen und der Gesellschaft langfristig?“ Transformationsprozesse gab es schon immer, denken wir nur an die Industrialisierung. Meist wurden aber ihre gesellschaftlichen Aspekte außen vorgelassen. In der Folge kam es zu sozialen Problemen und Verwerfungen. Bei der Energie- und Klimawende sowie bei der Digitalisierung haben wir die große Chance, langfristiger und vernetzter zu denken und zu handeln, und so möglichst viele Menschen mitzunehmen. Der Sozialpolitik kommt hier die wichtige Aufgabe zu, über die bestehenden und sich neu auf-tuende Gräben Brücken zu bauen und so unsere Gesellschaft insgesamt zu stärken. ///

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/das-leben-von-jungen-menschen-in-der-corona-pandemie-1>; Jugendliche fühlen sich durch Corona stark belastet und zu wenig gehört, hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/maerz/jugendliche-fuehlen-sich-durch-corona-stark-belastet-und-zu-wenig-gehört>

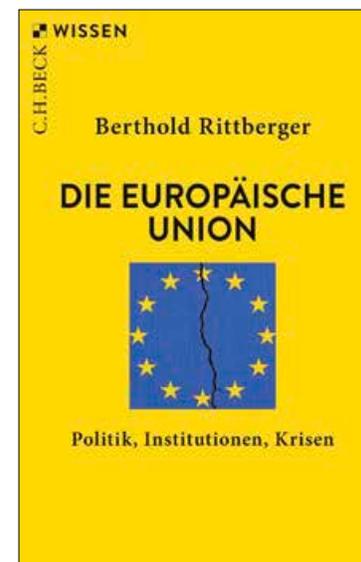
<sup>2</sup> Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Familie, Arbeit und Soziales: Richtlinie zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern 2020–2 vom 23. Februar 2021.

<sup>3</sup> Akte Altenheim – Chronik eines kollektiven Kontrollverlusts, in: FAZ, 6.3.2021.

<sup>4</sup> Paritätischer Gesamtverband: 20 vorläufige Lehren aus Corona. Bericht aus den Facharbeitskreisen des Paritätischen Gesamtverbands, Berlin 2020.

<sup>5</sup> Bundesagentur für Arbeit: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen, Juli 2021.

<sup>6</sup> Huber, Thomas: Mehr ökonomische Vernunft wagen – auch in der Sozialpolitik, in: Bayernkurier, 30.9.2019.



Rittberger, Berthold: Die Europäische Union. Politik, Institutionen, Krisen. München: Beck-Verlag 2021, 128 Seiten, € 9,95.

/// Was sie war, ist und noch werden soll ...

## DER INTEGRATIONSPROZESS DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Europäische Union (EU) ist heutzutage in der Lebenswelt ihrer Bürger allgegenwärtig und gerade für die jüngere Generation vollkommen Normalität. Für sie ist das Europäische Projekt mit beispielsweise visafreiem Reisen etwas Gegebenes. Wie dieser Integrationsprozess zustande kam und mit welchen Herausforderungen er sich heute konfrontiert sieht, beschreibt Berthold Rittberger in seinem Buch „Die Europäische

Union: Politik, Institutionen, Krisen“. Er beleuchtet, wie sich die Europäische Union von einem rein marktorientierten Projekt hin zu einem gemeinsamen Binnenmarkt mit gemeinsamer Währung ausdifferenzierte und welche Nebenerscheinungen dieser Integrationsprozess haben kann.

Zu Beginn des Buches gibt Rittberger einen klar verständlichen Überblick über die Zuständigkeitsbereiche der EU,

welche im damaligen Ziel der Harmonisierung eines gemeinsamen Binnenmarktes gründeten. Weitere angeführte Beispiele sind die Währungsunion, Sozialpolitik sowie die EU-Außenpolitik, die sowohl mit Blick auf den Integrationsgrad wie ihr Krisenpotenzial dargestellt werden.

In einem nächsten Schritt beleuchtet Rittberger die EU-Institutionen und ihre Funktionsweise. Als besonders gelungen präsentiert sich die Gegenüberstellung von Ministerrat und EU-Parlament. Hierbei analysiert der Autor, wie es dem EU-Parlament sukzessive gelang, die anfängliche Machtasymmetrie zwischen den beiden Institutionen zu reduzieren – „eine der bemerkenswertesten Entwicklungen in der institutionellen Architektur der EU“ (S. 65), so Rittberger. Dieser Aufstieg erkläre sich zum einen aus der Logik des Integrationsprozesses heraus. Zum anderen identifiziert er das Europaparlament selbst als Treiber dieser Entwicklung, denn an entscheidenden Wegmarken habe dieses seine institutionellen Eigeninteressen erfolgreich durchgesetzt. Das Scheitern des Spitzenkandidatenprinzips 2019 erscheint aus dieser Perspektive als Ausnahme von der Regel.

Prägnant und schlüssig sind auch die darauf anschließenden Überlegungen zur Transformation des Europäischen Gerichtshofs. Rittberger zeichnet nach, wie sich der EUGH schrittweise „zu einem Hebel der Konstitutionalisierung der EU-Rechtsordnung“ (S. 80) entwickelte und welchem Einfluss die Direktwirkungsdoktrin und Vorrangsdoktrin dabei zukommt. Auch das potenzielle Spannungsverhältnis zwischen dem EUGH und den nationalen Verfassungsgerichten wird in diesem Kontext eingeordnet und erläutert.

Daran schließt sich eine grundlegende Reflexion zum „Wesen der EU“ (S. 84) an, die historische Modelle der definitorischen Annäherung – etwa die EU als Gebilde sui generis oder die Fokussierung auf den Soll-Zustand einer „ever closer union“ – zwar streift, dann aber schnell nach einer zeitgemäßen Einordnung sucht. In diesem Zusammenhang überzeugt Rittbergers Ansatz, die EU mit Blick auf ihre Zuständigkeitsbereiche, Gestaltungsbefugnisse und Legitimitätsressourcen auf einem Kontinuum zwischen Staat und internationaler Organisation zu verorten und als „Regulierungsstaat“ (S.92) zu charakterisieren.

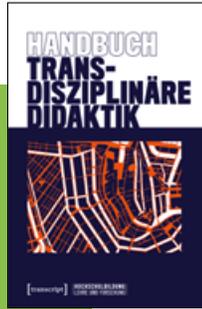
Gleiches gilt für die abschließende Gegenüberstellung der Sogkräfte und Fliehkräfte, die für Rittberger die Dynamik der europäischen Integration beeinflussen. Er attestiert dem Prozess eine sich selbst verstärkende Dimension und macht vor allem Krisen als Integrations-treiber aus. Eine im Zeitraum vergleichsweise stabile Unterstützung in der Bevölkerung stärke zudem das europäische Projekt. Gleichzeitig identifiziert er aber auch eine Reihe an Integrationshemmnissen. Dazu zähle unter anderem eine ausgeprägte Polarisierung der Europapolitik, die eng mit dem Aufstieg populistischer und euroskeptischer Parteien verbunden sei.

Mit Blick auf diese Gemengelage bilanziert er, dass nun „nicht die Zeit für große Entwürfe und radikale Zukunftsvisionen, sondern für das Notwendige und Mögliche“ (S. 120) gekommen sei. Europäische Integration müsse „autonemieschonend und gemeinschaftsverträglich“ (S. 123) vorangetrieben werden. In diesem Sinne schließt er mit einem Appell für eine differenzierte und flexible Integration, sprich, für ein Europa der zwei (Integrations-)Geschwindigkeiten.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass es sich um einen geglückten Beitrag handelt, dem es gelingt, komplexe institutionelle Strukturen und Debatten auf nur 128 Seiten kompakt zusammenzuführen. Nicht nur bietet Rittberger einen gelungenen ersten Einblick in den Themenbereich, sondern er wirft auch ein Schlaglicht auf komplexere Integrationsdebatten, ohne das Werk inhaltlich zu überfrachten. Für die Folgeauflage bleibt allein der Wunsch, einen tieferen Blick auf das Verhältnis zwischen den EU-Institutionen abseits der institutionellen Koordinationsprozesse zu werfen.

DR. SARAH SCHMID-NÜRNBERG/  
CHRISTIANE VON CZETTRITZ UND  
NEUHAUS, HANNS-SEIDEL-STIFTUNG,  
MÜNCHEN

Schmohl, Tobias / Philipp, Thorsten (Hrsg.): Handbuch Transdisziplinäre Didaktik. Bielefeld: Transcript-Verlag 2021, 472 Seiten, € 39,00.



Sowohl die Wissenschaft als auch die Lehre befinden sich in einer Zeit des Umbruchs. Das merkt man nicht nur an der vermehrten Online-Lehre, den stetig steigenden Zahlen von Studierenden und den vielfältigen Kanälen, auf denen über Wissenschaft kommuniziert wird, sondern auch am Wandel des wissenschaftlichen Selbstverständnisses. Die Autoren und Herausgeber des Handbuchs Transdisziplinäre Didaktik bringen angesichts der Vielzahl immer häufiger auftretender Schlagworte wie Integrative und Partizipative Forschung, situiertes Lernen und transformative Wissenschaft Licht ins Dunkel. Sie verstehen ihr Handbuch als einen „Beitrag zur Institutionalisierung des Wandels, zur Erneuerung akademischer Curricula und zur Ausweitung der Teilnehmer der Debatte entlang partizipativer Kultur“. (S. 19)

Zu 34 verschiedenen Schlagworten stellen die Autoren systematisiert Definition, Problemhintergrund, Debatte und Kritik sowie Formen didaktischer Umsetzung dar. Die Beiträge sind pointiert und versetzen den Leser in die Lage, die wesentlichen Dimensionen von neueren Entwicklungen wie Reallaboren und Open Source kurz und bündig erfassen zu können. Dabei lassen sie

die notwendige Tiefe nicht vermissen und geben zudem Praxisbeispiele.

Bemerkenswert in diesem Sammelband sind neben den Begriffsklärungen die beiden abschließenden Beiträge von Gesine Schwan und Rudolf Stichweh. Letzterer, Lehrstuhlnachfolger Niklas Luhmanns, zeichnet die Entwicklung der Wissenschaftsdisziplinen nach. Stichweh schreibt: „Eine der dramatischsten Strukturveränderungen des Wissenschaftssystems in den letzten 250 Jahren ist die Normalisierung von Kooperation und Koautorchaft.“ (S. 442) Diese habe sich sowohl zwischen Disziplinen und Subdisziplinen als auch zwischen Nationen etabliert. Zudem definiert Stichweh den Begriff der Transdisziplinarität in Abgrenzung zur Interdisziplinarität. Als ausschlaggebend erachtet er die Kommunikation mit Personen innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft („citizen science“), die Wahrheitsuche über die Grenzen der Disziplinen hinweg sowie die Frage- oder Problemstellungen, die für die breite Bevölkerung von Relevanz sind, wie etwa der Klimawandel oder Migrationsbewegungen.

Schwan fragt in ihrem Aufsatz nach dem Sinn von Transdisziplinarität und verweist auf das vom deutschen Wissenschaftsrat 2015 aufgegriffene Wort der „Gemeinwohlorientierung“. Bis vor wenigen Jahren waren es Wissenschaftler selbst, Politiker und die Wirtschaft, die Forschungsfragen entweder aus Eigen- und / oder Wirtschaftsinteresse formulierten. „Ihr Handeln folgt unterschiedlichen Erfolgslogiken, die in Widerstreit zueinander geraten (können), aber immer wieder miteinander vereinbart werden müssen, wenn ein Gemeinwohl für die Gesellschaft gefunden werden soll.“ (S. 425) Das Zusammenführen der unterschiedlichen Interessen zwischen ge-

sellschaftlichen Gruppen könne über die Transdisziplinarität Gemeinwohlorientierung erreichen. Dabei sei die Bewahrung wissenschaftlicher Standards unabdingbar, betont Schwan.

Das Handbuch Transdisziplinäre Didaktik ist ein Handbuch des wissenschaftlichen Wandels. Es empfiehlt sich für jeden, der sich mit Entwicklungen im Wissenschaftsbetrieb beschäftigt, denn die Beiträge der Autoren, die ihre Profession in ganz unterschiedlichen Disziplinen gefunden haben, reflektieren die Prozesse, in denen sich die Wissenschaftscommunity und in gewisser Weise auch die Gesellschaft befinden.

THOMAS M. KLOTZ,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Steinke, Ronen: Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage. Berlin/München: Piper-Verlag 2020, 256 Seiten, € 18,00.



Neuberger, Julia: Antisemitismus. Wo er herkommt, was er ist – und was nicht. Berlin: Berenberg-Verlag 2020, 261 Seiten, € 16,00.

Immer wieder beunruhigt und erschüttert Antisemitismus die Bundesrepublik. Judenfeindliche Einstellungen und ebensolches Verhalten zählen zu den zentralen Herausforderungen der rechtsstaatlichen Demokratie. Auf bereits hohem Niveau steigt seit Jahren unter anderem die Zahl antisemitischer Straftaten. Zu den markanten Beispielen für jüdenfeindlich motivierte Gewaltverbrechen gehört der versuchte Anschlag im Oktober 2019, ausgerechnet an Jom Kippur, auf die Synagoge in Halle an der Saale. Der Täter wollte die Synagoge stürmen und zahlreiche Menschen offenbar töten, weil sie Juden sind. Doch eine verschlossene Eichentür versperrte ihm den Weg. Daraufhin erschoss er vor der Synagoge zwei Passanten. Kurze Zeit später ergriff ihn die Polizei.

Weil Hemmschwellen seit Jahren sinken, wachsen Verunsicherung, Unbehagen und Ängste unter Juden in Deutschland, wie Ronen Steinke in seinem Buch

zeigt. Manche Juden sitzen notgedrungen zumindest geistig wieder auf gepackten Koffern. Gerade deshalb ist es bedeutsam, über Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen aufzuklären und Juden bestmöglichst zu schützen und zu verteidigen. Das zählt zu den wichtigsten Aufgaben aller Demokraten. Dazu will das Buch von Steinke beitragen.

Für seinen eher lebendig-konkreten als wissenschaftlich-abstrakten Band hat Steinke, jüdischer Jurist und Journalist, sowohl einschlägige Literatur ausgewertet als auch zahlreiche Gespräche mit Experten und Betroffenen geführt. Analytisch wählt er eine weite Perspektive, indem er nicht nur rechtsextremistisch, arabisch-nationalistisch und islamistisch motivierten Judenhass betrachtet, sondern auch jenen weniger verbreiteten Antisemitismus in seine Untersuchung miteinbezieht, der auf einer toxischen Mischung aus antikapitalistischen, antiimperialistischen und antiamerikanischen Ideologiefragmenten und Feindbildern gründet. Auf einer solchen Basis (u. a. Israel als angeblicher US-Vorposten) bejubelte schon Ulrike Meinhof den palästinensischen Mordanschlag auf israelische Sportler in München 1972, durch den die Täter auch die deutsche Terroristin aus dem Gefängnis freipressen wollten, als einen „antiimperialistischen“ und „antifaschistischen“ Akt der „Menschlichkeit“.

Primär geht es Steinke darum, stärker für die Gefahren zu sensibilisieren, denen Juden in Deutschland heute durch antisemitisch motivierte Straftaten ausgesetzt sind, darunter schwere Gewaltdelikte. Umso mehr will er mit seinem Buch zu einem stärker unbeschwerten Leben von Juden in Deutschland beitragen. Daher fordert er, sowohl Dunkelfelder stärker auszuleuchten und aufzuhellen, als

auch den praktischen Schutz von Juden zu verbessern – und das nicht nur durch „gated communities“ mit noch höheren Mauern und Sicherheitszäunen.

So schildert Steinke, wie gefährlich es inzwischen für Juden in manchen Stadtvierteln zum Beispiel Berlins wieder sein kann, eine Kette mit Davidstern oder eine Kippa zu tragen. Oder wie Polizeibeamte, mit umgehängten Maschinengewehren bewaffnet, jüdische Schulen und Synagogen in Deutschland bewachen müssen. Um jüdische Einrichtungen besser als die Synagoge in Halle an Jom Kippur 2019 zu schützen, müsse der demokratische Rechtsstaat mancherorts mehr leisten, fordert Steinke. Zugleich lobt er den Freistaat Bayern, der in der Landeshauptstadt München jüdische Einrichtungen massiv sichere.

Für besonders wichtig hält Steinke den aktuellen Einsatz vieler Menschen, darunter zahlreiche Christen und Muslime, gegen Antisemitismus und andere Arten von Demokratiefindlichkeit. Der demokratische Rechtsstaat kann und darf es tatsächlich nicht hinnehmen, wenn sich Juden im Kampf gegen Antisemitismus alleingelassen fühlen und sie antisemitische Straftaten aus Angst vor Rache der Täter erst gar nicht anzeigen.

Ebenfalls einen Beitrag zur Aufklärung über Antisemitismus will das Buch von Julia Neuberger leisten. Die britische Autorin mit deutschen Wurzeln gehört als Mitglied zum „House of Lords“. Zugleich fungiert sie als Rabbinerin – Hitlers Verbrecher ermordeten viele Mitglieder ihrer Familie. In ihrem Buch diskutiert und analysiert sie schwerpunktmäßig den wachsenden Antisemitismus in seinen verschiedenen Facetten in England und Deutschland. Zunächst konzentriert sich ihr Band darauf, die lange Geschichte der Juden-

feindlichkeit zu erläutern, in der Martin Luther als „glühender Antisemit“ eine Hauptrolle beanspruchen könne.

Der Antisemitismus von Antikapitalisten wiederum, den Neuberger thematisiert, gründet u. a. auf der Schrift „Zur Judenfrage“ von Karl Marx. Als geistiger Brandstifter legt Marx darin antikapitalistisch gefärbte Grundlagen für antisemitische Stereotype, auf denen gerade auch Rechtsextremisten bis heute aufbauen können. Wörtlich erklärt Marx: „Welches ist der weltliche Grund des Judenthums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“

Daraufhin beleuchtet Neuberger nicht nur antisemitisch motivierte Verschwörungstheorien („jüdische Weltverschwörung“) und Stereotype („Geldjuden“), sondern sie bemüht sich auch, den Begriff selbst überhaupt erst zu definieren und vor allem vom Terminus „Antizionismus“ abzugrenzen. Das ist eine schwierige, aber auch besonders bedeutsame Aufgabe. Denn seit einiger Zeit wachsen Tendenzen, Antisemitismus unter dem Deckmantel des Antizionismus zu verbreiten. Hierbei betont Neuberger die selbstverständliche Legitimität von Kritik an israelischer Politik.

Anders als manche Gegenmeinung hält sie selbst es zum Beispiel für „völlig in Ordnung, wenn jemand im israelisch-palästinensischen Konflikt für eine Zwei-staatenlösung plädiert und für das weitere Vorgehen Kompromisse empfiehlt“. Aber wer Israel, der einzigen Demokratie im Nahen Osten, gerade nach dem Holocaust das Existenzrecht abspreche, äußere sich nicht antizionistisch, sondern antisemitisch. Das gelte erst Recht für Versuche, Israel als Staat mit natürlich besonderen Sicherheitsbedürfnissen zu dä-

monisieren („Israhell“) oder gar mit der Hitler-Diktatur gleichzusetzen – samt deren singulären Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit.

Besonders scharf kritisiert Neuberger antisemitische Tendenzen in der britischen Labour-Partei, gerade unter ihrem inzwischen, nach seiner schweren Niederlage bei der jüngsten Unterhauswahl, zurückgetretenen Vorsitzenden Jeremy Corbyn. Tatsächlich hatte Corbyn einst sogar selbst erklärt, es sei zulässig, Israel, seine Politik oder die Umstände seiner Gründung rassistisch zu nennen. Nach den Worten seines Sprechers wollte er damit lediglich palästinensische Rechtsauffassungen verteidigen. Offenbar mangelt es Corbyn bereits an einem Grundverständnis für die Ursachen und Umstände der Entstehung Israels. Ebenso würdigte und verteidigte er vor einigen Jahren, wie Neuberger erinnert, ein Gemälde mit antisemitischen Stereotypen gröbster Art als beinahe wertvollen Beitrag zur Meinungsfreiheit – das Bild präsentiert „hakennasige Geldjuden“ als „kapitalistische Ausbeuter“ des Proletariats.

Neuberger sowohl aufrüttelnde als auch abgewogene und anschauliche Analyse kann dazu beitragen, mehr Menschen für das Judentum zu sensibilisieren und gegen Antisemitismus unterschiedlicher Ausrichtungen zu aktivieren. Ihr berührendes, bewegendes Buch gehört damit – ebenso wie der stärker auf Deutschland konzentrierte Band Steinkes – zu den wichtigen Veröffentlichungen der Gegenwart über den Kampf gegen Antisemitismus in Europa.

DR. HARALD BERGSDORF,  
POLITIKWISSENSCHAFTLER,  
ZEITHISTORIKER, BUCHAUTOR,  
BONN

**Weßels, Bernhard / Schoen, Harald (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017.**  
Wiesbaden: Springer VS-Verlag 2021, 520 Seiten, € 69,99.



Fast zeitgleich mit der Bundestagswahl 2021 erschien der Band zur Bundestagswahl 2017 aus der klassischen Reihe der „blauen Bände“ mit Analysen zu den Bundestagswahlen, herausgegeben von den empirischen Wahlforschern Bernhard Weßels und Harald Schoen. Auch die Autorenschaft rekrutiert sich wieder aus zumeist renommierten Empirikern, die mit (allerdings gelegentlich recht unterschiedlichen Ansätzen) Daten zur Bundestagswahl auswerten, die ihnen zumeist die Langzeitstudie GLES bereitgestellt hat. Die Lektüre ist daher für Nicht-Fachleute auf diesem Gebiet sicher eine harte Kost, sie lohnt sich aber in jedem Fall, da in zahlreichen Beiträgen interessante Perspektiven eröffnet werden, die Hinweise auf die Entwicklung des Wahlverhaltens in Deutschland geben, die über diese Wahl hinausreichen.

Nach einem einführenden Beitrag der Herausgeber zur Analyse der Bundestagswahl 2017 untersuchen Dieter Ohr und Robert Stelzle die Bedeutung der Parteiidentifikation und kommen zu dem Ergebnis, das diese durchaus eine Rolle gespielt habe. Zwei Drittel der Wahlberechtigten seien in Westdeutschland im Sinne dieses Konzepts an eine Partei gebunden – vor allem „kognitiv hoch mobilisierte Individuen“ (S. 36). In

Ostdeutschland seien dies nur geringfügig weniger, was insgesamt darauf hindeutet, dass langfristige Bindungen auch für künftige Wahlen eine beachtliche Rolle spielen werden. Markus Steinbrecher analysiert das Wahlergebnis der SPD angesichts der Bewertung der ökonomischen Lage. Als kleinerer Partner der „großen“ Koalition konnte sie nicht von der guten ökonomischen Lage profitieren und fuhr ihr bislang schlechtestes Bundestagswahlergebnis ein. Offenbar wurden andere Themen wie Schul- und Bildungspolitik, Terrorismusbekämpfung, Rente und Migration als wichtiger gesehen. Auch die guten Bewertungen bei der sozialen Gerechtigkeit (dies wird auch in anderen Beiträgen deutlich) nützten der SPD (anders als bei der Bundestagswahl 2021) nicht.

Aber vielleicht haben sich bei der Bundestagswahl 2017 schon einige Entwicklungen absehen lassen, die sich später manifestiert haben. Dies lässt sich auch am Beitrag von Kai Arzheimer erkennen, der der Frage nachgeht, ob die AfD die Linke als ostdeutsche Regionalpartei abgelöst habe. Dies sei noch nicht der Fall, aber die AfD habe vom Gefühl der Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie profitiert, was bislang in Ostdeutschland stärker die Linke gefördert hatte. Kontinuitäten werden auch deutlich am Beitrag von Sabrina J. Mayer, Achim Goerres und Dennis C. Spies über die Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, die Daten aus der „Immigrant German Election Study“ auswerten.

Die Wahlbeteiligung aller Untersuchten mit Migrationshintergrund lag 15 bis 20 Punkte niedriger als bei den anderen Wahlberechtigten – allerdings steigt deren Zahl kontinuierlich an. Die Union blieb sowohl bei den Befragten

mit türkischem Hintergrund als auch bei den Russlanddeutschen hinter ihrem Durchschnittswert zurück – bei Letzteren waren sowohl Linke als auch AfD überdurchschnittlich vertreten, bei den Ersten SPD und Grüne stark überdurchschnittlich. Grundsätzlich fördern auch bei den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund klassische Faktoren wie Bildung, Parteiidentifikation und Gespräche mit Freunden die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung. Die Unterschiede zur restlichen Bevölkerung sind wohl nicht so groß. Hier liegt sicher Mobilisierungspotenzial für alle Parteien. Nur bei den Russlanddeutschen scheint die Identifikation mit dem Herkunftsland stärkere Vorbehalte gegenüber politischer Partizipation zur Folge zu haben.

Inwieweit Koalitionspräferenzen eine Rolle spielen ist, so Evelyn Bytzezs Fazit, schwer zu analysieren. Bei FDP (die viele Leihstimmen von der Union erhalten habe) oder Grünen (viele Wähler mit Präferenz einer schwarz-grünen Koalition) sei das eher der Fall, auch wenn dies kein entscheidender Faktor gewesen sei. Bei mehr theoretisch möglichen Bündnissen im sich auffächernden Parteiensystem dürfte Koalitionswahlen ohnehin schwieriger werden.

Warum blieb der „Schulz-Effekt“, der zu Beginn des Wahlkampfes so stark zu verspüren war, bei der Wahlentscheidung selbst aus? Ulrich Rosar, Lena Masch, Frederik Springer und Markus Klein sehen als Gründe für die Kurzfristigkeit dieses Effekts zum einen den Bekanntheitsgrad des Kandidaten, der als quasi unbeschriebenes Blatt einen Neuigkeitseffekt für sich verbuchen konnte, der (wie bei früheren Herausforderern auch) geringer wurde, je mehr er ins Rampenlicht kam. Der zweite Grund, die kurzzeitige Unzufriedenheit mit der

Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, war kurzlebig und kam bald anderen zugute. Die Nominierung des bekannten Kandidaten Scholz hat der SPD 2021 offenbar mehr genutzt als der Überraschungskandidat Schulz 2017, aber da haben sicher andere Faktoren eine mindestens ebenso große Rolle gespielt.

Rüdiger Schmitt-Beck und Thorsten Faas zeigen, dass ein beachtlicher Teil der Wählerschaft Zweifel am demokratischen Charakter der Wahl hegt. Nur ein Drittel hielt die Wahl für „vollständig frei und fair“, jeder Vierte äußerte Zweifel an der prozeduralen Qualität dieser Wahl. Dies spreche dafür, dass die Kommunikationsstrategie der AfD (deren Wähler darunter weit überdurchschnittlich vertreten sind) mindestens unter deren Sympathisanten auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Till Weber kommt in seiner Analyse der Themenagenda der Bundestagswahl zu dem Ergebnis, dass sich Programme (aller) Parteien insgesamt zu stark an den männlichen Wählern und den oberen Schichten orientieren.

Die Verunsicherung der Wählerschaft angesichts der Positionen zum Thema Migration untersuchen Ina Bieber und Manuela S. Blumenberg und stellen fest, dass es vor allem der AfD gelungen sei, verunsicherte Wähler auf der emotionalen Ebene anzusprechen und zugleich weniger politisch gebildeten Personen eine Alternative auf der kognitiven Ebene zu bieten. Dieser Effekt hätte, so deuten die Autorinnen an, auch für SPD, Union und FDP bei stärkerer Nähe der Parteien zur Wählerschaft einen positiven Effekt für ihr Stimmresultat haben können.

In einem zweiten großen Abschnitt folgen Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2017. Paul W. Thurner u. a.

stellen ein eigenes Modell zur Schätzung der Wählerwanderungen vor, das keine grundsätzlich anderen Aussagen wie die Bilanzen von Infratest dimap ergibt, aber doch einige Unterschiede in Einzelwerten (höhere Loyalitätsraten bei Union und SPD, geringere in Bezug auf die Nichtwähler). Joachim Behnke analysiert die Gründe für die wahlrechtsbedingte Vergrößerung des Bundestages und plädiert angesichts notwendiger Reformmaßnahmen vor allem dafür, sich von der Unantastbarkeit direkt gewonnener Wahlkreise (vor allem bei relativer Mehrheit) zu verabschieden.

Aiko Wagner untersucht die Rolle des Populismus bei der Wahlentscheidung und kommt zu dem Ergebnis, dass bei dieser Wahl selbst die Entscheidung für die AfD ohne eine „Host-Ideology“ für populistisch eingestellte Bürger erkennbar war. Umgekehrt seien diese durch Sachfragen kaum ansprechbar; etablierte Parteien könnten in diesem Bereich auch durch inhaltliche Neupositionierung wenig gewinnen. Eher kosmopolitisch orientierte Wähler tendierten stärker zu den Grünen, eher parochial orientierte stärker zur AfD. Dies lasse sich (so Marc Debus) auch anhand des Freizeit- und Urlaubsverhaltens zeigen, was auch dazu anregen soll, unpolitische Faktoren bei der Wahlentscheidung zu berücksichtigen. Denis Cohen zeigt, dass das perzipierte ökonomische Risiko einen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte. Vor allem bei der AfD habe das latente Risiko der Arbeitslosigkeit einen starken Effekt gehabt, auch wenn unklar sei, ob dieser Effekt eher zu Wahlenthaltung oder zur Mobilisierung von Modernisierungsverlierern zugunsten der AfD führe.

Die Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit – ein wichtiger Faktor bei der

letzten Bundestagswahl – hat schon 2017 eine beachtliche Rolle gespielt, wie Nils D. Steiner zeigt: Schon 2017 sei die Union von den Wählern abgestraft worden, die eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit wahrnahmen. Das waren knapp die Hälfte der Befragten der GLES-Studie. Umgekehrt habe die AfD da am meisten profitiert, die SPD als Regierungspartner hingegen nicht. Bettina Westle untersucht den Zusammenhang von Parteiidentifikation und politischer Kompetenz und kommt zu dem Ergebnis, dass Menschen mit Parteiidentifikation eine höhere Kompetenz aufwiesen als parteiunabhängige Bürger, außer bei den Anhängern der AfD, die zwar meinungsfreudig seien, aber in ihren Einordnungen oft danebenliegen.

Zwei Beiträge behandeln die Wirkungen des TV-Duells der Spitzenkandidaten. Laut Lea C. Gorski und Michaela Maier verneinen die Anhänger von AfD und der Linken überdurchschnittlich die Aussagen der Spitzenkandidaten, was aber nicht zur Verstärkung vorhandener populistischer Positionen geführt habe. Jürgen Maier und Jennifer Bast analysieren das TV-Duell vom 3. September 2017 zwischen Angela Merkel und Martin Schulz. Die Wirkung ist insgesamt schwer einzuschätzen; nur jede zehnte Aussage hinterlasse Reaktionen, die als Veränderung der Unterstützung eines Kandidaten gesehen werden können. Die Autoren argumentieren, dass insgesamt (auch bei anderen vergleichbaren Veranstaltungen) der Angriff die bessere Strategie sei.

Die Nutzung sozialer Medien durch die Kandidaten ist, wie Sebastian Stier, Jürgen Maier und Corinna Oschatz zeigen, generell angestiegen. Immerhin betrieben 84 Prozent einen Facebook-Account (das wurde von ihnen auch als

wichtigstes Medium in diesem Bereich gesehen) und 49 Prozent waren bei Twitter angemeldet. Die AfD-Kandidaten seien bei diesen Anbietern nicht stärker präsent, obwohl diese grundsätzlich die Sozialen Medien intensiver nutzen, was an der geringeren Professionalisierung der Kandidaten dieser Partei gelegen haben könnte. Franz Urban Pappi und Thomas Bräuninger untersuchen auf der Basis eines komplexen Modells die Auswirkung der Unsicherheit bei der Wahrnehmung des Politikangebots der Parteien. Ein Ergebnis ist, dass für den Durchschnittswähler die Zuwanderungspolitik wichtiger war als Klimaschutz und Sozialstaat. Generell ist die Unsicherheit bei der Links-Rechts-Skala geringer als bei den Sachthemen.

Harald Schoen und Maria Pesthy untersuchen das Verhältnis von CDU und CSU sowie die jeweilige Bewertung und die Auswirkung auf das Wahlverhalten. Es fällt auf, dass die CSU durchweg schlechter beurteilt wurde als die CDU und das besonders stark außerhalb Bayerns. Diese Unterschiede seien zur Zeit des Streits über die Flüchtlingspolitik stark angewachsen, kurz vor der Bundestagswahl zwar zurückgegangen, aber nicht auf das Niveau von vor 2015. Auf die Wahlentscheidung habe sich dies insgesamt zwar kaum ausgewirkt, in Bayern aber doch, wo bei wachsender wahrgenommener Diskrepanz zwischen der Bewertung der Parteivorsitzenden die Wahrscheinlichkeit der CSU-Wahl geringer wurde. Auseinanderfallende Bewertungen von Politikern der eigenen Partei (oder Parteienfamilie) können als störende Dissonanzen empfunden werden und so (wie wohl in diesem Fall) Reaktionen seitens der Bürger auslösen. Am Ende des Bandes finden sich zwei

Beiträge über Ungarn und Österreich, die man in einen solchen Band über die Bundestagswahl 2017 nicht unbedingt hätte aufnehmen müssen.

Der Band hat seinen Ruf der Reihe als Klassiker der Wahlforschung eindrucksvoll bestätigt. Wenn manche Schaubilder lesbarer wären, würde dies der Verbreitung ebenso helfen wie der gelegentliche Verzicht auf allzu komplizierte Sprache. Insgesamt ein eindeutiger Beleg dafür, dass diese Art von Wahlforschung wichtig ist. Sie sollte auch in Sammelbänden häufiger erfolgen und möglichst bald die Bundestagswahl 2021 erfassen.

DR. GERHARD HIRSCHER,  
HANNSEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**AKTUELLE ANALYSEN 91**  
**Die Zukunft der deutschen militärischen Luft- und Raumfahrt**  
 Herausforderungen und Handlungsoptionen



**AKTUELLE ANALYSEN 90**  
**Kultur im Kampf gegen Corona**



**AKTUELLE ANALYSEN 89**  
**Über Entwicklungshilfe hinaus**  
 Die EU-Strategie mit Afrika zum Nutzen für Afrika  
 (in Deutsch und English)



**ARGUMENTATION KOMPAKT 6/2021**  
**Deutschland braucht ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz!**  
 Für innovative und menschendienliche Forschung und Wissenschaft



**ARGUMENTATION KOMPAKT 5/2021**  
**Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Arktis**  
 Handlungsempfehlungen für Deutschland und seine Verbündeten

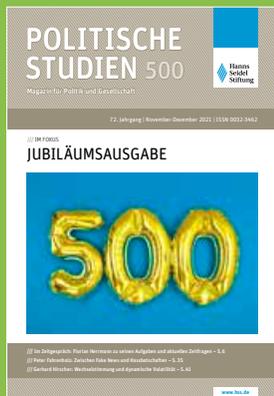
**VORSCHAU**

**POLITISCHE STUDIEN**

Nr. 502 „Unser Gesundheitssystem von morgen“  
 mit Beiträgen von Robert Brunner, Johanna Haberer,  
 Klaus Holetschek und Ronald Kaiser

# POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

| Menge | Titel  |
|-------|--|
|       | PS 500: Jubiläumsausgabe                           |
|       | PS 499: Nachhaltige Verantwortung weltweit         |
|       | PS 498: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland |
|       | PS 497: Bundestagswahl 2021                        |
|       | PS 496: Ein Comeback für den Multilateralismus?    |
|       | PS 495: Corona verändert die Gesellschaft          |

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung  
Referat „Publikationen“  
Lazarettstr. 33  
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse (falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

**Herausgeber:**

© 2022, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP  
Generalsekretär: Oliver Jörg  
Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeits-  
arbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

**Redaktion:**

Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit GmbH | trurnit Publishers

**Druck:** Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
iStock.com / ktsimage